**Abonnementspreis**
mit der wöchentlich zweimal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage „Der Arbeitfreund". Pränumerando 80 Pf., bei Selbstabholung in der Ausgabestelle 60 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2 M. Unser Erscheinen für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 4 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

**Redaktion**
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde
nur Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1766.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

# Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

**Inserate**
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei mehrmaligem Einrücken entsprechender Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 15 Pf. Inserate nehmen die Redaktion stets für die nächste Nummer und alle Annoncenbureaus entgegen.

**Expedition:**
Zwingerstraße 22, part.
Geöffnet von morgens 8 bis abends halb 8 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1766.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 36. Dresden, Donnerstag den 13. Februar 1902. 13. Jahrg.

## Die Kartoffelnot.

In Schutzzollfragen ist nichts so dumm, es findet sein agrarisch Kollegium! Die Schutzzollmauer, mit der die Reichsregierung die Bevölkerung vom Auslande absperren will, hat, wie soeben das preußische Landesökonomiekollegium entdeckt, neben verschiedenen anderen Löchern noch eines, das, so winzig es eigentlich ist, doch die Angst der notleidenden Großgrundbesitzer noch vermehrt. Unter den in voriger Woche vom besagten weisen Rat gefaßten Beschlüssen befindet sich auch der, einen Kartoffelzoll einzuführen! Das Ideal der Agrarier ist der vom Bund der Landwirte verlangte Zoll, der für die Frühkartoffeln, die in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli eingeführt werden, mindestens 12 M. für den Doppelzentner und für die vom 1. August bis 14. Februar eingeführten Kartoffeln 1 M. für den Doppelzentner betragen soll. Etwas weniger Lebensmittelwucher wird in der Denkschrift der christlichen deutschen Bauernvereine verlangt, indem sie nur die Frühkartoffeln, diese aber mit 15—20 M. Zoll belastet wissen wollen, die spätere Einfuhr aber freilassen. Beide Richtungen nehmen, daß der Zoll auf Frühkartoffeln ja nur die Wohlhabenderen treffe, und der Bund der Landwirte sagt in seiner Denkschrift, der Zoll auf gewöhnliche Kartoffeln sei ja so außerordentlich niedrig, „so daß er irgend welchen sozialpolitischen Bedenken nicht unterliegen könne".

Natürlich soll und würde der Zoll die Preise der gesamten einheimischen Ware erhöhen und bei dem großen Kartoffelverbrauch gerade der ärmsten Familien von diesen äußerst drückend empfunden werden. Das sieht aber einen echten Agrarier nicht an! Dabei kann von einer ernsthaften Konkurrenz der ausländischen Kartoffel mit der einheimischen gar nicht die Rede sein. Im Jahre 1900 betrug die gesamte Einfuhr 1½ Millionen Doppelzentner, während die einheimische Kartoffelernte 406 Mill. Doppelzentner betrug, so daß auf die Einfuhr nur ⅓ Proz. entfallen. Außerdem wurde aber noch eine die Einfuhr übertreffende Menge exportiert, nämlich 1,8 Millionen Doppelzentner.

So gering also die Einfuhr ist, so behindert sie die Agrarier doch, die Kartoffelpreise über den Weltmarktpreis hinauszutreiben, da von die Einfuhr steigen würde. Jede zollfreie Einfuhr wirkt ja in dieser Weise wie ein Sicherheitsventil, das einen Ueberdruck verhindert. Diesen aber wollen die Agrarier, denn sie sind mit den jetzigen Kartoffelpreisen nicht zufrieden! Dabei trägt nur ihre unersättliche Habgier schuld, daß sie zu solcher Ueberproduktion kamen. Durch reichlichere Düngung und Anstaat minderwertiger, aber ertragreicherer Sorten haben sie die Ernten außerordentlich gesteigert. Die Erntefläche stieg von 1890 bis 1900 nur von 2,3 auf 3,2 Millionen Hektar, also um 11 Proz., die Erntemenge aber von 2[illegible] auf 406 Millionen Doppelzentner, das ist um 74 Proz.! Vom Hektar wurden geerntet: im Jahre 1880: 70,5, 1890: 80,3, 1900: 126 Doppelzentner! In Ostpreußen stieg der Ertrag vom Hektar im letzten Jahrzehnt um das Doppelte, in Schlesien um vier Fünftel, im Königreich Preußen um drei Viertel, im Königreich Sachsen um sieben Zehntel! Jetzt proklamiert das Landes-Oekonomie-Kollegium auf Antrag der Herren von Groß-Klanin und Prof. Delbrück: „Die Landwirtschaft ist von der zu schnellen Erweiterung des Kartoffelbaues zu warnen."

Sind ungünstige Ernten in Aussicht, dann lassen „fromme" Seelen in den Kirchen um Gottes Segen flehen! Vielleicht gibt es unter den Kartoffelagrariern jetzt solche, die die Aecker „land beten" lassen!

Da die Steigerung der Erträge auf Kosten der Güte der Ware erfolgte, so daß manche der ertragreichen Sorten für Menschen ungenießbar sind, wurden sie in gesteigertem Maße zur Spiritusproduktion verwendet und das rief nun bei dieser eine Not des Ueberflusses hervor. Von 1886 bis 1900 stieg die Erzeugung von Spiritus aus Kartoffeln von 2,22 auf 2,94 Millionen Hektoliter, während mit Hilfe einer gekünstelten Branntweinsteuergesetzgebung die Erzeugung von Spiritus aus Getreide und Melasse in ihrer Ausdehnung so erfolgreich verhindert wurde, daß sie auf 720 000 Hektoliter stehen blieb. Dabei ist die Zahl der landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien von 6364 auf 6262 zurückgegangen, aber nur dadurch, daß die kleineren vernichtet wurden, während die mittleren und größeren infolge der technischen Fortschritte im Gärungsverfahren ihre Erträge steigerten. Dabei ist der Spiritusexport, der im Jahre 1882 noch 91 711 Tonnen betrug, im Jahre 1899 auf 38 787 und im Jahre 1900 auf 25 435 Tonnen gesunken! Wäre nicht die Verwendung von denaturiertem Spiritus zu gewerblichen Zwecken außerordentlich gestiegen (1890—1900 von 62 auf 125 Tausend Tonnen), so wäre die Ueberproduktion noch größer als sie gegenwärtig ist. Namentlich der Verbrauch an Brennspiritus hat außerordentlich zugenommen; am höchsten ist er im Königreich Sachsen, wo er 3 Liter jährlich pro Kopf der Bevölkerung beträgt, jedenfalls so hoch als in Oldenburg, wo er am niedrigsten ist. Die Ursachen sind meist sozialer Art. Wo die Industriebevölkerung, deren Frauen wenig Zeit zur Zubereitung der Nahrung übrig haben, am größten, dort ist auch der Spirituskocher am häufigsten; in ländlichen Gegenden benutzt man dagegen den langsamer, aber billiger arbeitenden Herd.

So sah sich der Verband der Spirituserzeugenden, die Zentrale für Spiritusverwertung, auch Mühe gibt, den Verbrauch von gewerblichem Spiritus zu steigern, sei es zum Kochen und Beleuchten, oder für motorische Zwecke (Lokomobilen, Automobilen, Motore, die mit Spiritus anstatt mit Petroleum getrieben werden), so ist es doch nicht möglich, die gesamte Ueberproduktion verbrauchen zu lassen, zumal der denaturierte Spiritus noch immer im Vergleich zum Petroleum zu teuer ist. Ihn aber zu verbilligen, liegt nur dann in der Absicht der Spiritusbrenner, wenn sie gleichzeitig den Preis des Trinkbranntweins in die Höhe treiben können. Um dieses edle Ziel zu erreichen, zungierte die Zentrale auch als ein Syndikat, ein Ring. Dieser Spiritusring hat aber bis jetzt genau das Gegenteil von dem erreicht, was er erstrebte. Indem er bei den Brennern die Hoffnung erweckte, daß durch ihn die Preise in die Höhe getrieben werden würden, hat er sie zu noch größerer Produktion angereizt und das Entstehen zahlreicher Brennereien veranlaßt. Die Folge davon ist, daß der Spirituspreis anstatt zu steigen, sank — und nun eine ganze Anzahl grade der größeren Brenner Ach und Weh schreien! Besonders in den letzten 12 Monaten gab es eine grimme Enttäuschung; die Zentrale mußte den Abschlagspreis, den sie den Brennern zahlt, von 39 M. auf 30 M. herabsetzen — und trotzdem beträgt der unverkaufte Lagerbestand fast [illegible] Millionen Hektoliter und wird bis zum Schluß der Brennereikampagne (Ostern) etwa 1 Million Hektoliter betragen! An dieser Schlappe ist der Ring selber schuld, indem er es war, der seine Mitglieder zu jener Ueberrumpelung des Reichstages im Mai v. J. veranlaßte, bei der durch das geschickte Eingreifen unserer Genossen die Ritter von der Destillierblase ohne jedes neue Gesetzlein heimgeschickt wurden, so daß weder die von ihnen gewünschte Brennsteuer, noch der Denaturierungszwang, welche einschränkend auf die Produktion und damit steigernd auf die Preise wirken sollten, bewilligt wurden.

Nun sind die Spiritusinteressenten wieder eifrig an der Arbeit, ein Gesetz zu stande zu bringen, das diese ihre Wünsche erfüllt und das Landes-Oekonomiekollegium hat seinen Segen dazu gegeben. Es wies in jenem eben erwähnten Beschluß darauf hin, daß die Verwendung des Spiritus zu technischen Zwecken erweiterungsfähig ist und träumt dabei von einer, uns sehr fraglich erscheinenden Zukunft, in der durch jene Steigerung eine „dauernde Gesundung des Kartoffelmarktes" zu erwarten sei. Wie phantastisch diese Hoffnung ist, beweist schon allein der Kartoffelverbrauch für Brennereizwecke. Er betrug im Jahre 1890 16,0 Millionen Doppelzentner, das war im Vergleich zu der 23,3 Millionen Doppelzentner betragenden Kartoffelproduktion 7,2 Prozent der Ernte. Im Jahre 1900 betrug er 25 Millionen Doppelzentner, das war im Vergleich zu der 406 Millionen Doppelzentner betragenden Ernte nur 6,1 Prozent! Der Kartoffelverbrauch für Brennereizwecke ist also im Verhältnis zur Ernte trotz der Ueberproduktion an Spiritus zurückgegangen!

Das Landes-Oekonomiekollegium will den Preis des Brennspiritus, um diesen konkurrenzfähig mit dem Petroleum zu machen, erniedrigen auf Kosten des Trinkbranntweins, dessen Preis entsprechend erhöht werden soll, und zwar durch den Denaturierungszwang, der jedem Brenner, und zwar dem größeren mehr als den kleineren, bei hoher Steuerung zwingt, einen Teil seiner Produktion zu denaturieren, so daß der Markt für Trinkbranntwein entlastet wird und auf diesem eine Preissteigerung möglich ist.

Die Spirituskommission des Reichstags wird, das geht aus den bisherigen Verhandlungen bereits hervor, diesen Denaturierungszwang nicht annehmen, das Plenum erst recht nicht. Ob nicht aber doch durch irgend eine Hinterthür, wie z. B. den Antrag Zeumer, eine ähnlich wirkende Bestimmung in das Gesetz hineingeschmuggelt wird, die der branntweintrinkenden Bevölkerung eine neue Liebesgabe abzwingt, ist noch nicht sicher. So viel steht fest — weder der Kartoffelzoll, so sehr er auch die ärmere Bevölkerung belasten würde, noch die raffinierteste Branntweinsteuergesetzgebung kann die „Kartoffelnot" beseitigen. Der Ueberfluß kann nur schwinden, wenn die Landwirte wieder bessere, wenn auch weniger ertragreiche Kartoffeln anbauen, und die minderwertigen Sorten mehr als bisher zur Viehfütterung verwenden. Die Liebesgabenpolitik, bei der seit 1887 die deutschen Branntweintrinker zu Gunsten der Schnapsbrenner an 600—700 Mill. M. hergeben mußten, hat wie bei der Zuckerindustrie den Landwirten schließlich nur Schaden gebracht, sie erstickten an der Ueberfütterung mit den Steuergroschen der Aermsten der Armen!

W.

## Arbeiter.

**Roman von Alexander L. Kielland.**

(20. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Frau Bennechen hatte sich bereits zurückgezogen. Ueberwältigt von den Gemütsbewegungen dieses Tages, warf sie sich kampfhaft schluchzend aufs Bett.

In den leeren Salons wanderte aber Georg Delphin rastlos hin und her. Er hatte sich im Schlosse erst zum Souper herzustellen, und es war ihm unmöglich, das Haus zu verlassen, ehe er Hilda gesehen hatte.

Schließlich rief er das ihm bekannte Stubenmädchen und fragte nach dem Fräulein.

„Das gnädige Fräulein ist in ihrem Zimmer und packt. Wissen der Herr Kammerherr denn nicht, daß das Fräulein heute abend nach Amerika abreist?" fragte das Mädchen, dessen hübsche Augen vom Champagner glänzten.

Delphin fühlte sich unangenehm berührt und sagte kurz: „Fragen Sie Fräulein Bennechen von mir, ob sie so freundlich sein will, einen Augenblick hierher zu kommen; ich möchte gern mit ihr reden."

Als aber das Mädchen gegangen war, blieb er ganz erschrocken vor dem Spiegel stehen: was hatte er gethan? War er ihnen zu weit gegangen? Was wollte er von ihr? Wie sollte er davon loskommen? Und doch — war es nicht gerade dies, was er am meisten wünschte?

Nach einigen Minuten kam Fräulein Hilda. Sie hatte geweint, trotzdem lag über ihrem Wesen eine eigentümliche Ruhe, die dem Kammerherrn sofort auffiel.

„Die arme Mutter," sagte sie und streckte ihm beide Hände hin. „Ihr seht es so schwer, sich mit dem Gedanken abzufinden, daß Johann und ich so weit wegreisen wollen. Ja — ich kann es im Grunde selber kaum begreifen."

Delphin vergaß ganz, zu antworten; so verändert erschien sie ihm. Sie zeigte keine Spur von Schüchternheit mehr. In ihrem glatten, einfachen Kleid sah sie jetzt stolzer und reifer aus; in ihrer Stimme und ihrem ganzen Wesen war etwas so Sicheres, daß er seinen gewöhnlichen, halb spottenden, halb bittenden Ton gar nicht zu finden vermochte.

„Ich werde Sie gewiß sehr vermissen," sagte er endlich unsicher.

Mehr der Ton, als die Worte selber, veranlaßte sie, zu ihm aufzusehen. Ihre Augen ruhten eine Sekunde in den seinen, und es entstand eine kleine Pause.

„Sie hält nichts zurück?" fragte er bitter.

„O doch! Das können Sie sich doch denken!" Ihre Augen füllten sich wieder mit Thränen.

Er sah sie von der Seite an — wie sie mit gesenktem Kopf dastand, das Taschentuch um die Finger wickelnd. War sie wirklich so herzlich?

„Und Sie hält nichts zurück?" Er hatte ganz vergessen, daß er das schon einmal gesagt hatte.

„Warum wollen Sie es mir schwerer machen, als es an sich ist?" fragte sie leise und fing an zu weinen.

Georg Delphin ging durchs Zimmer. Er hatte das Gefühl, daß ihm das Leben eine gute Chance bot und daß es zum letztenmal geschah. Er versuchte, das Beste in sich zu sammeln. Als er aber wieder vor ihr stehen blieb, bog sie rasch den Kopf und sagte: „Nein! Ich will nicht mehr weinen! Ich weiß, drüben erwartet mich ein besseres Leben, als ich je hier erreichen würde. Leben Sie wohl, Kammerherr! Und Dank, herzlichen Dank für Ihre Freundschaft!"

Sie gab ihm die Hand und sah ihn mit den thränengefüllten treuen Hundeaugen fest und entschlossen an. Und im letzten Augenblick sah er, daß sie schön war. Und da war es zu spät.

Sie ging hinaus und ließ die Thür hinter sich halb offen stehen. Zu Delphin drang wieder der Lärm des Speisesaals herein. Er stand eine Weile da, nahm dann seinen Hut und ging still weg.

Auf der Treppe holten ihn die beiden Assistenten Hjorth und Bennechen ein, die gerade vom Boden herunterstürmten. Sie hatten oben auf dem Dache „mit Lebensgefahr" eine große Flagge aufgepflanzt.

### XXI.

Es dauerte lange, bis Nödel und der Lotsenvorsteher endlich das alte ungemütliche Krankenhaus erfragten, in dem Christine lag. Und hatten sie sich nicht zufällig an den Portjunker gewandt, so hätten sie es kaum gefunden. Es war nämlich schon gegen drei Uhr, und die Leute strömten nach der Marienhospitalstraße, um den Einzug zu sehen, und hatten keine Zeit, stehen zu bleiben und Auskunft zu geben.

Der Polizeidiener Knudsen aber, der seine Probezeit glücklich überstanden hatte, lotste sie vorwärts, als er hörte, zu wem sie wollten, und so kamen sie nach dem Krankenhaus.

Im Hausflur begegneten sie einer der Aufwärterinnen, die gerade in die Stadt gehen wollte. Der Lotsenvorsteher grüßte mit seiner Pelzmütze und sagte: „Wir wollten gern eine Frau Namens Christine Mo besuchen."

„Die ist heute nacht gestorben", antwortete die Frau ungeduldig; sie hatte es eilig, fortzukommen. „Sie liegt linker Hand zweite Thür. Gehen Sie nur hinein. Man richtet sie gerade her", damit ging sie und warf die Thür hinter sich zu.

„Na — na — Nödel! — Vielleicht war das das Beste, was ihr geschehen konnte", sagte der Lotsenvorsteher tröstend. „Komm, gehen wir wieder."

„Ich will sie sehen", antwortete Nödel und ging weiter.

Sie kamen an die zweite Thür, die halb offen stand. Drinnen hörten sie Stimmen. Der Lotsenvorsteher öffnete die Thür ganz; und sie traten ein.

Dort ganz hinten am Fenster standen einige junge Menschen und beugten sich über etwas großes Weißes, das auf einem Tische lag. Ein kleiner grauhaariger Mann in Hemdärmeln stand ganz vornübergebeugt, und zwischen zweien der Herren kam ein nackter weißer Fuß zum Vorschein.

„Ich habe es nie so schnell gehen sehen," sagte Doktor Rohde zum Professor. Der alte Quäker hatte nicht umhin gekonnt, den Professor zu diesem interessanten Fall einzuladen. Johann Bennechen hatte ausdrücklich verboten, die Leiche in die Universität zu schaffen.

„Ihr Mann aber, der sie angesteckt hat — wie geht es ihm?" fragte der Professor.

„Bei ihm schlägt die Krankheit nach innen; er bekommt Gehirnerweichung."

„Was wollt Ihr?" rief plötzlich der Doktor; er hatte die beiden an der Thür bemerkt.

„Das ist ihr Vater, der sie sehen will," antwortete der Lotsenvorsteher.

„Ach nein, ach, lieber Freund! Thun Sie das nicht," sagte der Doktor überredend. „Da ist wahrhaftig nichts zu sehen."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020213/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

# Politische Uebersicht.

## Der ostasiatische Zweibund.

Das Abkommen zwischen England und Japan, unterzeichnet vom englischen Minister des Aeußern, Marquis of Lansdowne, und dem japanischen Gesandten in London, Baron Hayashi, am 30. Januar d. J., besteht aus einer Einleitung und sechs Artikeln. Darin heißt es:

Beide Regierungen, von dem Wunsche beseelt, den Status quo (Stand der Dinge) und den allgemeinen Frieden im fernen Osten, wie auch die Unabhängigkeit und Integrität von China und Korea aufrecht zu erhalten, sind über folgendes übereingekommen:

1. Maßregeln zu treffen, um ihre Interessen zu wahren, wenn diese durch ein aggressives Vorgehen irgend einer anderen Macht oder durch Unruhen in China und Korea bedroht sind und sich dadurch für einen der beiden vertragschließenden Teile die Notwendigkeit ergibt, zum Schutze seiner Staatsangehörigen zu intervenieren.

2. Wenn einer der beiden Vertragschließenden in einen Krieg mit irgend einer anderen Macht verwickelt werden sollte, wird der andere Teil strenge Neutralität bewahren und sich bemühen, zu verhindern, daß andere Mächte sich an den Feindseligkeiten gegen seinen Verbündeten beteiligen.

3. Wenn irgend eine Macht sich den Feindseligkeiten gegen diesen Verbündeten anschließt, wird die andere Partei ihm zu Hilfe eilen, den Krieg mit ihm gemeinsam führen und in wechselseitigem Einvernehmen Frieden schließen.

4. Die vertragschließenden Parteien kommen überein, daß keine von beiden, ohne die andere zu befragen, sich auf bedeutende Abmachungen mit einer anderen Macht zum Schaden der oben bezeichneten Interessen einlassen wird.

5. Wenn immer die oben erwähnten Interessen gefährdet sind, werden die beiden Regierungen einander in umfassender und rückhaltloser Weise Mitteilungen machen.

6. Das Abkommen tritt sofort in Kraft und bleibt fünf Jahre in Geltung; in indessen einer der beiden Verbündeten in einen Krieg verwickelt, wenn der Zeitpunkt seines Erlöschens herankommt, so soll dasselbe in Geltung bleiben, bis der Friede geschlossen ist.

Das Abkommen richtet sich offensichtlich gegen Rußland, dessen geschickte und vor keiner Schlechtigkeit zurückbebende ostasiatische Eroberungspolitik beunruhigend auf Japan und England wirken mußte. Da nach der Beendigung des Hunnenfeldzugs zwischen Japan und China ebenfalls ein Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen worden ist, so erweitert sich thatsächlich, wenn auch nicht formell, der ostasiatische Zweibund zu einem Dreibund. England, geschwächt durch den nimmer endenden Burenkrieg, tritt aus seiner „glänzenden Isolierung“ (splendid isolation) heraus und sucht Anlehnung an die gelben Mächte, vor denen nach einem bekannten Worte die Völker Europas ihre heiligsten Güter schützen sollten.

Ob die beiden vertragschließenden Staaten von ihren Absichten die anderen Mächte vorher unterrichteten, ist zweifelhaft, doch meint die New-Yorker World (Welt), aus Meldungen aus Washington gehe hervor, daß die Verhandlungen, die zu dem englisch-japanischen Vertrag führten, mit Wissen und Zustimmung der Vereinigten Staaten gepflogen worden, deren einziges Interesse sei, in China für kommerzielle Zwecke die Thür offen zu halten. An der Politik der „offenen Thür“ hält Amerika mit allen Kräften fest, wie auch aus folgender Meldung aus Washington hervorgeht: Die Verhandlung zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten wegen der Mandschureifrage werden energisch, aber in freundschaftlicher Weise betrieben. Der russisch-chinesische Mandschureivertrag enthält eine den Einspruch besonders herausfordernde Bestimmung, durch die der russisch-chinesischen Bank die wirtschaftliche Kontrolle über die Mandschurei gegeben werden sollte. Die Vereinigten Staaten erblickten hierin ein Mittel, sie von der Mandschurei auszuschließen und wiesen Rußland auf ihre aus den Verträgen mit China herrührenden Rechte und auf die von ihm selbst bei der Besetzung der Mandschurei gemachten Versprechungen hin. Darauf ließ Rußland die beanstandete Bestimmung aus dem offenen Vertrage streichen, jedoch nur, um die gleiche Bestimmung über die russisch-chinesische Bank in einen Geheimvertrag aufzunehmen. Die Vereinigten Staaten haben daher jetzt neuerdings wieder sowohl bei Rußland wie bei China entschiedenen Protest eingelegt. Die Vereinigten Staaten haben dies unabhängig von anderen Mächten gethan. Es ist jedoch bekannt, daß andere in der Mandschurei interessierte Mächte in ähnlicher Weise Einspruch erhoben haben. Rußland wird also seinen Appetit noch eine Weile zahmen müssen, bis es sich einmal stark genug fühlen wird, eine Entscheidung in Ostasien herbeizuführen. Und das wird noch lange dauern.

Ueber die Wirkung, die die Publikation des Vertrags auf die Diplomaten in Peking hatte, unterrichtet folgende Reutermeldung vom 12. d. M.: Der englisch-japanische Bündnisvertrag, der heute hier einigen fremden Diplomaten mitgeteilt wurde, war eine völlige Ueberraschung. Es wird als das wichtigste Ereignis in der ostasiatischen Politik der letzten Jahre angesehen. Der japanische Gesandte stattete Tsching einen Besuch ab und übergab ihm eine Kopie des Vertrages. Unter den hiesigen Diplomaten herrscht kein Zweifel darüber, daß durch den Bündnisvertrag thatsächlich ein Veto gegen die Unterzeichnung des russischen Vertrages betreffs der Mandschurei eingelegt wird. Der britische, der japanische und der amerikanische Gesandte hatten kürzlich von Tsching dringend verlangt, die Unterzeichnung des Mandschureivertrages zu verschieben und erhielten von ihm das Versprechen, daß dies geschehen würde, wenn neue Vorstellungen gegen denselben erhoben werden könnten. Diese Vorstellungen wurden heute durch die Ueberreichung der Kopie des englisch-japanischen Bündnisvertrages erhoben.

---

## Ein Zeugniszwangsverfahren und sein Grund.

In Holzminden ist dieser Tage der Redakteur des Kreisblattes in Zeugniszwangshaft gesteckt worden, weil er sich weigerte, den Verfasser eines Artikels zu nennen, der in seinem Blatte erschienen war. Er wurde nach einigen Tagen wieder entlassen, da sich der Verfasser des Artikels selbst stellte.

So weit ist an dem Vorfall nichts Auffälliges weiter — denn der Zeugniszwang für Redakteure ist ja eine geheiligte Institution im deutschen Reich, der die allgemeine Verurteilung durch die öffentliche Meinung nichts anhaben konnte. Daß der Zeugniszwang gegen Redakteure angewandt wird, obgleich der Redakteur, der sich durch ihn bezeugen läßt, allgemein als Wortbrüchiger verachtet werden müßte, ist nichts Neues — der Umstand kann uns also wohl erbittern, aber nicht staunen machen.

Der Fall in Holzminden hat aber sein Auffallendes und das ist der Anlaß, aus dem heraus das Zeugniszwangsverfahren eröffnet und die Haft verhängt wurde. Der Artikel, dessen Verfasser der Richter genannt haben wollte, behandelt nämlich eine Affaire, an deren Wahrheit kein Zweifel ist und wegen deren Veröffentlichung keinerlei Anklage gegen das Blatt erhoben wurde. Ja, man muß sagen, daß die Veröffentlichung direkt im öffentlichen Interesse lag. Es war nämlich in Stadtoldendorf einem Einwohner ein Kind an Diphtheritis erkrankt. Statt nun aber bei einem Arzt aus nächster Nähe Hilfe zu suchen, fuhr er mit dem Patienten nach Hörter — wohl in der Meinung, daß dort der Fall der Behörde nicht gemeldet zu werden brauche, und daß somit seine Ehefrau ungestört ihren Beruf als Hebamme ausüben könne. Doch wie nicht anders zu erwarten war, wurde der Krankheitsfall sogleich von Hörter aus dem herzoglichen Physikus in Stadtoldendorf gemeldet, der dann an Ort und Stelle die nötigen Vorsichtsmaßregeln traf, um eine Verschleppung dieser Krankheit zu verhüten.

Und wegen dieses Artikels, der niemanden Unrecht that, das Zeugniszwangsverfahren und Haft! Man greift sich an den Kopf! Aber es muß der braunschweigischen Behörde wohl unangenehmer viel an der Ermittelung des Verfassers dieses fürchterlichen Artikels gelegen gewesen sein, denn vor der Verhaftung des Redakteurs wurde in der Redaktion und in der Wohnung des Redakteurs gehausucht. Ja, da die Makulaturvorräte und Papierabfälle des Blattes an ein Produktengeschäft verkauft werden, schritt man sogar zur Beschlagnahme des Papierschnitzel-Vorrates dieses Geschäftes, etwa 40 Zentner. Auch die Durchsuchung dieses Papierberges hatte nicht den gewünschten Erfolg.

Vielleicht erfahren wir noch einmal, was eigentlich der Grund zu diesem sonderbaren Eifer des Untersuchungsrichters gewesen ist. Einstweilen kann man nur sagen, daß das Zeugniszwangsverfahren in Gefahr ist, dem Fluche der Lächerlichkeit zu erliegen. Wenn nicht gesagt werden soll, daß es eine heimliche Einrichtung ist, gegen die das Rechtsgefühl sich nicht aufzulehnen brauche.

---

## Deutsches Reich.

**Berlin,** 13. Februar. Zum Streit mit England um die amerikanische Freundschaft hat jetzt sogar der Reichsanzeiger das Wort ergriffen. Das in die Antwort auf des englischen Unterstaatssekretärs Cranborne Erklärung im Unterhause, die englische Regierung habe niemals durch einen Botschafter oder auf andere Weise irgend welche Erklärung vorgeschlagen, welche sich gegen eine Aktion der Vereinigten Staaten in Kuba richtete. Die Regierung habe im Gegenteil es abgelehnt, irgend einem dahingehenden Vorschlage zuzustimmen.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht nun einige Telegramme, die kurz vor Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges der Washingtoner deutsche Botschafter v. Holleben nach Berlin richtete, wo nach der englische Botschafter „in sehr auffälliger Weise“ die Initiative zu einem Kollektivschritt der Großmächte zu Gunsten Spaniens ergriff. Der Wortlaut des englischen Entwurfes der gemeinsam zu überreichenden Note an die Union wird mitgeteilt. Der Schluß von Hollebens Telegramm lautete:

„Ich persönlich stehe einer solchen Kundgebung ziemlich kühl gegenüber. Holleben.“ — Der Kaiser machte nach dem Reichsanz. zu dem Schlußsatz des Botschafters die Randbemerkung: „Ich halte sie für gänzlich verfehlt, zwecklos und daher schädlich . . . Ich bin gegen diesen Schritt!“ Die amerikanische Regierung sucht indes zu vermitteln, indem sie erklärt, daß der englische Botschafter 1898 nur einen Vorschlag des österreichischen Botschafters den anderen Vertretern der Mächte unterbreitet habe. Jedenfalls ist die englische Behauptung, Deutschland habe einen solchen Schritt angeregt, hinfällig.

— Der Abg. Gothein (freis. Vereinigg.) hat nunmehr seinen schon früher angekündigten Antrag auf Berufung einer parlamentarischen Enquete der Zollkommission vorgelegt. Er beträgt darin die Niedersetzung einer Kommission von 36 Mitgliedern.

— Gegen eine Meldung des Manchester Guardian, wonach der Kaiser darum ersucht habe, daß alle Adressen der Deutsch-Amerikaner zur Begrüßung des Prinzen Heinrich in englischer Sprache abgefaßt werden sollten, bemerkt die Nordd. Allg. Ztg., daß der Kaiser niemals über das Zeremoniell beim Empfange des Prinzen in Amerika eine Willensäußerung geäußert, geschweige denn ein Ersuchen gestellt habe. — Der Kaiser hat allerdings den deutsch-amerikanischen Vereinen ihr Verbleiben nicht verschreiben können, aber er hat doch, das ist seiner Zeit nicht dementiert worden, dem Prinzen Heinrich den allgemeinen Gebrauch der englischen Sprache befohlen und jede Bevorzugung des Deutsch-Amerikanertums verboten.

— Ueber die Vorgänge bei dem sogenannten Schmiedeessen in der Aula des Friedrichs-Realgymnasiums und über die Rede, die der Leiter der Anstalt, Professor Dr. Schellbach, etwa dabei gehalten, hat das Provinzialschulkollegium von der hiesigen Schulverwaltung nach dem Berl. Lok.-Anzeiger einen eingehenden Bericht eingefordert. Nun der Kaiser gesprochen hat, ist der Eifer der Behörden plötzlich enorm energisch.

**Im Reichstag** wurde am Mittwoch der Etat des Reichsjustizamts zu Ende beraten. Den Mittelpunkt der Debatten bildeten wieder die Duellanträge des Zentrums und der Freisinnigen. Der freisinnige Abgeordnete Lenzmann forderte energisch die Annahme des Antrags Schrader, der Staatsbeamte, welche sich duellieren, ihres Amtes entkleiden will. Im übrigen wendete er im Gegensatz zu seinem Kollegen Müller dem Reichstag einmal ein für oppositionelle Gemüter ganz unverständliches Lob. Freilich muß auch er zugeben, daß manches besser sein könnte, daß verbrecherische Polizeibeamte zu oft begnadigt werden, daß der fliegende Gerichtsstand noch immer nicht beseitigt ist, und daß es nicht gut war, daß der Staatssekretär in die Prügelaffäre des Fürsten Reuß nicht eingegriffen habe. Sein Vorwurf, daß der Bundesrat einzelne Materien nicht regele, weil Initiativanträge vom Reichstag vorliegen, veranlaßte eine schwache Erwiderung des Staatssekretärs.

Während dann Herr Levetzow nur einige leere Phrasen gegen das Duell hatte, ging der Zentrumsabgeordnete Gröber diesem Unfug scharf zu Leibe, und verwahrte sich dagegen, daß man eine Scheidung zwischen Tötung in kommentmäßiger und Tötung in unkommentmäßiger Weise vornehme.

Eine längere Diskussion knüpfte sich an die Prügelrede des Herrn Tertel. Der freisinnige Abgeordnete Müller-Meiningen bewies dem „schlechter moriturus in weißer Weste“ und dem „Staatsjongleur“, daß er Grillparzer und Tolstoi gar schlecht gelesen habe und Gewesse Stadthagen wies ihm dasselbe von Goethe nach. Um den Unfug zu kennzeichnen, der in dem Verfahren liegt, den größten deutschen Dichter für die Reaktion zu reklamieren, machte sich Stadthagen den Spaß zu zeigen, daß man aus Goethe auch Ansichten herausfinden kann, die sich demokratischen und sozialistischen Ideen nähern. Daß Frömmigkeit nicht immer vor Verbrechen schützt, zeigte Stadthagen dem frommen Handler an dem Beispiele der Herren Sanden und Tertlinden. Im übrigen hielt unser Genosse seine Behauptungen über den Zwickauer Fall aufrecht und geißelte noch einmal die herrschende Klassenjustiz.

Genosse Heine charakterisierte in scharfen Worten das preußische Bureaukratentum und verlangte entschiedene Wahrung des Gesetzgebungsrechtes des Reichstags. In einer Verschärfung des Beleidigungsparagraphen erkennt er mit Recht nur eine Ausnahmegesetzgebung gegen die oppositionelle Presse.

Gegen Schluß der Sitzung nahm auch noch Genosse Pauli das Wort, hauptsächlich um den unerhörten Fall der Zeugnisverweigerung seitens der anhaltischen Regierung zu geißeln, der in dem bekannten Prozeß des anhaltischen Parteiorgans wegen der Mißstände in dem staatlichen Bernburger Krankenhaus vorgekommen ist.

Donnerstag beginnt die Beratung der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung.

**Zur Entscheidung** drängen die Agrarier in der Zolltarifkommission. Für Mittwoch haben sie es durchgedrückt, daß die Anträge der Sozialdemokraten und des Zentrums auf die Verwendung des Reinertrags aus den Zöllen bis zum Schluß der Beratung zurückgestellt werden. Zwar sollen die Anträge hinterher auch zwei Lesungen passieren, aber jedenfalls kommt man so schneller zum springenden Punkt, zu den Getreidezöllen, und die Agrarier möchten jetzt doch gerne wissen, ob sie nicht noch eine kleine Zulage von der Regierung herausschlagen könnten. Außerdem aber kann das Zentrum später, wenn der ganze Tarif fertig beraten sein sollte, seinen Hamburg-Antrag auf Witwen- und Waisenversicherung viel leichter fallen lassen, als wenn er jetzt schon beschlossen würde. Kommt Zeit, kommt Rat!

Einen der Anträge, die Herr v. Kardorff in keinem anderen Zusammenhang mit dem Zolltarif findet, als einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe, hat die Kommission doch noch verhandeln müssen, da sie ihn schon vorher in Beratung gezogen hatte, den Antrag des Freisinnigen Zischbek auf Aufhebung der städtischen Abgaben auf Fleisch und Brot. Der Antrag wurde von einem ganzen Aufgebot von Regierungskommissaren bekämpft und als Verfassungsänderung bezeichnet — es half nichts, er wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen — nur die Nationalliberalen und der freisinnige Vereinler Gothein stimmten dagegen, letzterer nur, weil ihm der Zeitpunkt, an dem die Bestimmung in Kraft treten soll (1. April des Jahres nach Inkrafttreten des Zolltarifes), zu früh war.

Die Agrarier haben also wieder geholfen, den Gesetzentwurf mit einer für die Regierung „unannehmbaren“ Bestimmung zu bepacken.

Die Beratung wandte sich dann dem letzten Paragraphen, dem § 12, des Zolltarifgesetzes zu, der im wesentlichen bestimmt:

Der Zeitpunkt, mit welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, wird durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmt.

Graf Kanitz (kons.) fordert Aufklärung über die Zeit, in welcher das Zolltarifgesetz in Kraft treten soll. Millionen deutscher Landwirte harren mit Sehnsucht auf den Tag der Erlösung, an dem der alte Zolltarif beseitigt wird. Redner bemängelt, daß der Termin des Inkrafttretens des Gesetzes dem Bundesrat überlassen bleiben soll. Offenbar wolle man Zeit für den Abschluß neuer Handelsverträge gewinnen. Nach Aeußerungen des Reichskanzlers bestehe die Absicht, mit fast allen Staaten Verträge zu abschließen. Diese Vertragsverhandlungen würden lange Zeit in Anspruch nehmen. Solange aber könne die Landwirtschaft nicht warten. Er halte es für zweckmäßig, daß die Verträge jetzt gekündigt werden, denn er glaube, daß der Zolltarif noch im laufenden Jahre fertig gestellt werden könne. — Der Vorsitzende regt an, die Debatte über die Kündigung der Verträge vertraulich zu behandeln. — Staatssekretär Graf Posadowsky wünscht ebenfalls Ausschluß der Oeffentlichkeit. — Abg. Singer (Soz.) widerspricht und fordert mindestens die Zulässigkeit der Berichterstattung an die Fraktionen.

Schließlich einigt man sich dahin, daß die Erklärungen der Regierungsvertreter zu diesem Punkte vertraulich behandelt werden sollen.

Die Weiterberatung wird sodann auf Donnerstag vertagt.

**Einen ernsthaften sozialdemokratischen Obstruktionsversuch** sieht die Kreuz-Ztg. in dem Antrag unserer Genossen in der Zolltarifkommission, 60 Millionen aus den Zollerträgnissen jährlich für Verkehrsverbesserungen zu bestimmen. Sie befürchtet eine Aufrollung der Kanalfrage, die ihr jedenfalls sehr unangenehm wäre. Sie hofft deshalb, daß die Kommission das richtige Mittel finden werde, um eine mehrere Sitzungen ausfüllende Besprechung der Kanalfrage zu verhindern. Welches Mittel sie meint, sagt sie nicht — jedenfalls denkt sie an irgend eine Vergewaltigung der Minderheit. Versuche dazu werden sicherlich gemacht werden, je länger die Kommission tagt. Es fragt sich nur, ob die Linke sie sich gefallen läßt.

**Im preußischen Abgeordnetenhaus** entspann sich am Mittwoch beim Etat des Finanzministeriums eine längere Debatte über den eingestellten Posten des Wohnungsinspektors für Düsseldorf. Dieser Beamte ist dem Regierungspräsidenten untergeordnet, er hat aber keinerlei Exekutive, sondern bringt nur beratende Stimme. Einigen Herren geht auch dies noch zu weit und der Titel wurde an die Budgetkommission zurückverwiesen.

---

Njädel aber ging gerade auf den Tisch los. Die jungen Menschen traten zur Seite, und der Professor erhob sich, alle Finger auseinanderspreizend.

Ein Laken wurde über sie geworfen, und wie es sich senkte, kamen die vorstehenden Hüftbeine zum Vorschein, dieser ganze große starke Frauenleib, der so elend und so abgemagert war, daß er nur noch aus Haut und Knochen bestand. Das starke Haar lag in wirrer Masse über der Stirn, die Nase war ganz eingefallen, und die Haut hatte häßliche rote und grüngelbe Flecke.

„Das ist sie nicht,“ flüsterte der Lotsenvorsteher und faßte Njädel am Arm.

Da ging aber der Vater hin, strich das Haar aus Christines Stirn und legte den Finger auf die große Narbe an der einen Schläfe.

„Komm, gehen wir, Njädel!“

Der Lotsenvorsteher war leichenblaß. Njädel sah sich um, und da er den Eindruck erhielt, als hätten alle diese seinen Leute Mitgefühl für seine Tochter, so fing er an, einem nach dem anderen die Hand zu geben. Als er aber zu dem Professor kam, trat dieser einen Schritt zurück: „Nein, nein, mein guter Herr, ich kann Ihnen die Hand nicht geben.“

Da erst entdeckte Njädel das blanke Seziermesser und die gespreizten Finger. Ihm grauste, und er ging mit dem Lotsenvorsteher hinaus.

Als sie wieder auf der Straße standen, beobachtete der Lotsenvorsteher Njädels Gesicht, er bemerkte nämlich, daß Njädel die Zähne zusammenbiß und die Fäuste ballte.

„Dafür soll er mir Rechenschaft geben — der Andere,“ murmelte Njädel.

„Ach nein!“ wandte der Lotsenvorsteher ängstlich ein. „Laß nun Anders in Ruhe. Wir reisen ja und werden nun all das los. Sehen wir lieber zu, daß wir etwas zu essen bekommen. Ich bin hungrig wie ein Wolf.“

Njädel aber war unerbittlich; und als der Lotsenvorsteher ihm nicht helfen wollte, das Haus des Staatsrats Bennechen zu finden, fragte Njädel selber den ersten Polizisten, dem sie begegneten, und so fanden sie sich zurecht.

(Fortsetzung folgt.)

n eine Form zu finden, die klar erkennen läßt, daß es sich nur n eine provisorische Position handelt.

Den Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten setzte das Haus von der Tagesordnung ab. Vor Eintritt in die Beratung erklärte nämlich der Staatssekretär Frh. v. Richthofen, daß er am Sonnabend bei der Anfrage des Abg. Lückhoff wegen des Verhaltens der Regierung gegenüber der Eingabe des Burenhilfskomitees nur aus Versehen nicht im Hause erschienen war. Die Regierung habe sofort im Sinne des Burenhilfskomitees eine Anweisung an den Botschafter in London ergehen lassen, aber die Antwort konnte bis heute noch nicht eintreffen. — Die Beratung dieses Etats soll erst nach Eingang der Antwort aus England stattfinden.

**Noch etwas vom gleichen Recht für alle.** Oft genug ist über unangemessene Behandlung von Untersuchungsgefangenen geklagt worden, namentlich auch, so weit es sich um Angehörige der Presse handelte. Im Kasseler Treberprozeß ist die umgekehrte Erscheinung aufgefallen, ein Maß von Rücksichtnahme, wie es sonst wohl kaum üblich gewesen ist. Eine Schilderung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung lautet:

„Bei Direktor Exners Abfahrung ereignete sich ein kleiner Zwischenfall, der der Vergessenheit entrissen zu werden verdient. Als die zwei Transportleute sich erhoben, um den ihnen anvertrauten Bankdirektor in die Mitte zu nehmen, ging Exner wohl an ihnen vorbei und ging zuerst aus dem Saale. Und die guten Leutchen hielten ihn als höfliche Sachsen den Vortritt. Draußen aber vor der Thür stand ein zweispänniger Wagen, der ihn und seine Begleiter aufnahm und zum Bahnhof führte. Ebenso rücksichtsvoll werden die fünf Angeklagten täglich in zwei eleganten Gefährten von und zum Gerichtsgebäude befördert. Außerdem ist es ihnen nicht verwehrt, in den Verhandlungspausen miteinander und auch mit Personen aus dem Publikum zu plaudern. Und nun vergleiche man mit dieser Behandlung von Leuten, auf deren Häuptern der Fluch von Tausenden ruinierter Existenzen lastet, diejenige harmloser Preßjunder, die zur Verbüßung einiger Monate Gefängnis wegen Beleidigung in Ketten gefesselt über die Straße getrieben werden. Dabei hatte dieselbe Presse in der gegenwärtigen Verhandlung eine hervorragend verdienstliche Rolle, weil einzelne ihrer Organe, lange bevor staatliche oder polizeilichen Organen darüber ein Licht aufging, von Anfang an gegen den Trebertschwindel Stellung genommen haben, allerdings ohne daß man leider seitens der maßgebenden Kreise darauf Wert legte.“

Was die Rhein.-Westf. Ztg. da wieder zu nörgeln hat. In der Petitionskommission des Reichstags ist ja vom Regierungsvertreter bei Besprechung des Falles Bredenbeck ausdrücklich mitgeteilt worden, daß die preußischen Minister des Innern und der Justiz eingeschärft haben, bei der Behandlung der Untersuchungsgefangenen Rücksicht auf den „Stand und Rang“ zu nehmen, und Sachsen wird doch nicht zurückstehen. Exner ist doch gewiß eine Person von Stand und Rang, Bredenbeck aber ist „bloß“ ehemaliger Bergmann! Also ist doch alles in Ordnung!

d. **Auch ein Geschworenenurteil.** Am Freitag voriger Woche hatte sich vor dem Schwurgericht in Essen der Schutzmann Franz Ehlert aus Gelsenkirchen wegen Körperverletzung mit Todeserfolg zu verantworten. Nach seiner Schilderung hat er in Notwehr bei einem Renkontre den 14jährigen Bergmann Nelle mit dem Säbel bearbeitet und den Mann dann liegen lassen. Am anderen Morgen wurde der Geschlagene an der betreffenden Stelle bewußtlos aufgefunden und ins Krankenhaus geschafft, wo er am Abend des Tages starb. Den Aussagen des Schutzmannes standen die Bekundungen zweier unbeteiligter Augenzeugen diametral gegenüber. Diese sagten bestimmt aus, daß der Erschlagene den Schutzmann nicht bedroht, sich ihm nicht widersetzt habe. Der Staatsanwalt plaidierte auf Totschlag. Selbst wenn der Vorgang sich so abgespielt, wie der Angeklagte geschildert, könne von Notwehr gar keine Rede sein. Der Erschlagene, ein alter Invalide, habe nicht einmal einen Stock, aber ein anderes gefährliches Werkzeug in den Händen gehabt. Der Beamte habe auch gar nicht zu der Annahme, bedroht zu sein, kommen können. Ohne Veranlassung habe er den alten Mann mit dem Säbel geschlagen, ohne jeglichen Grund ein Menschenleben vernichtet. — Die Geschworenen erkannten auf Nichtschuldig, so daß Freisprechung erfolgen mußte. — Essener Geschworene machen einst die Genossen Schröder, Meyer, Graf u. a. des Meineids schuldig!

**Von einem argen polizeilichen Mißgriff** berichtet die Nordd. Allg. Ztg. aus Münster i. W.: Nachts 1 Uhr schritt ein Polizist in einem benachbarten Stadtteil zur Verhaftung von drei jungen Damen, die ihm aus irgend einem Grunde verdächtig vorgekommen waren. Wie der Beamte berichtet, halfen weder der lebhafte Einspruch eines Vorübergehenden, der sich als junger Gerichtsbeamter vorstellte, noch das Reden und Weinen der jungen Mädchen etwas; sie mußten, da er an Ort und Stelle natürlich nicht legitimieren konnten, ins Wachtlokal „Polizei“ (Polizeigefängnis) spazieren und bis zum andern Morgen darin verbleiben. Am andern Morgen stellte sich dann die Grundlosigkeit des Verdachtes heraus. Die Damen stammen aus einer Ortschaft des Regierungsbezirks und hatten in Münster Einkäufe gemacht, sie waren in der That durchaus unbescholten und Töchter angesehener Familien. Ein unglücklicher Zufall hatte die kleine Gesellschaft den letzten in die Heimat führenden Abendzug verpassen lassen, und nun hatten die vier jungen Leute, aus der Not eine Tugend machend, durch die Bierhäuser des gastlichen Münster eine kleine fidele Bierreise angetreten, die dann einen so tragischen Ausgang haben sollte.

**Kleine politische Nachrichten.** Prinz Heinrich wird am Sonnabend nachmittag von Bremerhaven aus nach Amerika abdampfen. — Der Hochstapler Finnemann aus Taarning, der ausgewiesen, am Dienstag nachmittag aber die Grenze gebracht und zurückgekehrt war, um eine gerichtliche Entscheidung in der Frage seiner Unterschlagung zu veranlassen, wurde, wie der Hamb. Korr. aus Hadersleben meldet, verhaftet. — Auch die Alldeutschen will Reuß ältere Linie nicht mehr innerhalb seiner Landesgrenzen dulden. Die Regierung von Reuß ä. L. verbot die Bildung einer Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes innerhalb des Fürstentums mit Berufung auf das Bundesverhältnis.

## Oesterreich-Ungarn.

**Die Anarchistenjagd in Grottau,** von der wir unter „Nic. N. d. Ausl.“ kurz Notiz nahmen, und über die bürgerliche Blätter sehr sensationelle Berichte mit allerlei grausiglichen Einzelheiten aufgetischt haben, hat sich als eine große Dummheit heraus. Wie die Wiener Arbeiterzeitung aus Reichenberg berichtet, sind die 14 verhafteten Arbeiter ruhige, geachtete Leute, zum Teil sogenannte unabhängige Sozialisten, zum Teil Sozialdemokraten. Ihr ganzes Verbrechen besteht darin, daß sie zum Teil unabhängige sozialistische Blätter lesen. Auch haben sie in ihren Notizbüchern „anarchistische Lieder“ verzeichnet und „anarchistische Bücher“ besessen.

Die Haussuchungen haben nahezu den ganzen Tag in Anspruch genommen. Ganze Stöße Zeitungen, und zwar meist solche sozialistischer Richtung, wurden mit Beschlag belegt und sorgfältig studiert. So besonders das Blatt Matice Svobody. Ein sozialdemokratisches Liederbuch und viele andere Bücher erfuhren das gleiche Los. Auch Notizbücher wurden mitgenommen und endlich ein Lehrbuch der Neuen Weltsprache Esperanto, in welchem der schlaue Staatsanwalt ein Lehrbuch der geheimen Anarchistensprache erblickt haben mag. Der Umstand, daß der eine Verhaftete, der im Verein die neue Sprache lehrt, Ansichtskarten in dieser Schrift aus Paris und anderen Städten hatte, wird wahrscheinlich als Beweis angenommen, daß er mit es mit einer „weitverzweigten Verbindung“ zu tun hat. Die den Geschworenen unbekannten Schriftgelehrten in Nordböhmen haben sich einfach nicht anders entziehen können. Im Vereinslokal des tschechischen Lesevereins hier prangt das Bild Kaiser Franzens neben den Bildnissen von Marx, Engels usw. der Lesebibliothek sind ebenfalls einige Bücher.

Ueber den Anlaß zu dieser aufsehenerregenden Aktion wird folgendes erzählt:

Ein früheres Mitglied des tschechischen Lesevereins hier hat wieder nach Gratzau übersiedelt und hat sich neuerdings mit den Mitgliedern des genannten Vereins bekannt gemacht. Von einem wurde er das Notizbuch abgenommen, in dem einige „anarchistische Lieder“ eingetragen waren. Dieses Individuum, Namens Pavlik, verübte vor wenigen Tagen einen Einbruch, wurde verhaftet und trug das Buch mit sich. Dem Buche soll auch ein Mitgliederverzeichnis des Vereins beigelegen haben. Es hat sich der Reichenberger Staatsanwaltschaft als Material zur Verhaftung der dreizehn Arbeiter geboten. Die Verhafteten gehören nur zum Teil dem tschechischen Lesevereine an, einige darunter haben mit ihm und mit dem Gesetze Auseinandersetzungen zu bestehen gehabt wegen Zwistigkeiten und Schlägereien. Der tschechische Verein scheint hier mit der unbeschränkten Richtung nichts zu tun.

Gegen Abend wurden die dreizehn Verhafteten **paarweise geschlossen,** begleitet von einer Menge Gendarmen, wie gemeine Verbrecher auf den Bahnhof geführt.

Von den dreizehn Opfern der Treibjagd auf „Anarchisten“ sind zehn verheiratet. Ihre Familien wurden zusammen dreizehn Kinder sind nun bitterer Not ausgesetzt. Die Bevölkerung Gratzaus ist über die sinnlose Razzia und die sinnwidrige Behandlung der Opfer aufgebracht.

## Belgien.

**Die Debatte über das allgemeine Wahlrecht** ist am Mittwoch in der Kammer eröffnet worden. Volaro (Sozialist) eröffnete sie, die Forderung des gleichen Wahlrechts vertretend, und schloß seine Rede mit der Erklärung, daß die Stunde für dessen Einführung geschlagen habe. Die Linke klatschte Beifall. Der Klerikale Woeste bekämpft das gleiche Stimmrecht und bemerkt, daß es in Deutschland auch nur für die Wahlen zum Reichstag bestehe. In Frankreich werde dessen Wirkung durch die Ungleichheit der Wahlbezirke ausgeglichen. Uebrigens seien die Deutschen, Schweizer und Franzosen seit längerer Zeit schon reif gewesen für das gleiche Stimmrecht. Die Linke unterbricht und erinnert den Redner an die Beteiligung von Wurm und Prax an der Wahlrevision. Woeste antwortet, er freue sich über diese Beteiligung von Lebensmitteln, der gegenüber sich die Sozialisten nur mit hohlen Worten begnügen. (Beifall und Widerspruch.) Furnemont (Soz.) ruft: Hoffentlich werden Sie in Zukunft als Wucherzinsler Steuern bezahlen! (Heiterkeit.) Woeste: Nach der Einführung des gleichen Stimmrechts würden die Sozialisten die kollektivistische Invasion anbahnen, welche die Freiheit und das Eigentum untergräbt. Furnemont zitiert auf Italienisch den Psalmenvers: „Er erniedrigt die Hohen und erhebt die Armen“ und ruft Worte, Barnabas zu Dorn und Reue und Leid zu erwecken. (Anhaltende Heiterkeit.) Auch die liberalen Abgeordneten unterbrechen Woeste häufig und scheinen alle, bis auf einige Ausnahmen, die Forderung der politischen Gleichheit zu unterstützen. Woeste schließt unter dem Beifall der Rechten mit der Erklärung, daß die Rechte und die Regierung sich durch die sozialistischen Drohungen nicht einschüchtern lassen würden. Der klerikale Béthune wird in dem Augenblicke, wo er seinen Bericht über das Budget des Aeußeren auf das Bureau niederlegt, mit den Rufen „Wahlfälscher!“ „Ausgezeichnet!“ begrüßt. Als später Smeets (Soz.) das Wort ergreift, ruft ihm der Vorsitzende zur Sache. Da Smeets trotzdem weiter redet, hebt der Vorsitzende die Sitzung vorzeitig auf.

## Südafrika.

**Ein neuer Erfolg Delarevs.** Delarey und Kemp haben am 5. Februar bei Grootfontein im westlichen Transvaal, 21 Meilen westlich von Lichtenburg, eine größere Abteilung des Obersten Kekewich mit großem Verluste, darunter mehrere Offiziere, zersprengt. Der gemeldete Erfolg des daraufhin von Maxwell Vender unternommenen Gegenstoßes begegnet deshalb berechtigtem Zweifel.

**Englische Unwahrheiten** dementiert die Korr. Nederland im Namen der Burendelegation. Danach gaben unter den Delegierten keine Meinungsverschiedenheiten über die Möglichkeit und die Bedingungen des Friedens. Auch wollen die Delegierten nicht auf eigene Faust freies Geleit bei England nach Südafrika beantragen.

## Süd-Amerika.

**Die Revolution in Venezuela** macht gewaltige Fortschritte. Nach einem Telegramm aus Willemstad 12 dort eine von Bord des Libertador (des Kriegsschiffes der Rebellen, das Präsident Castro schon zerstört haben wollte) datierte Depesche des Generals Matos eingetroffen, daß das venezolanische Kanonenboot General Crespo in der Nähe von Cumarebo nach einem halbstündigen Gefecht sich dem Libertador ergeben hat. Das Kanonenboot sei, nachdem alles darauf befindliche Kriegsmaterial vom Libertador übernommen worden war, als wertlos den Wellen überlassen worden.

**Kleine Nachrichten aus dem Auslande.** Der Sohn des Präsidenten Roosevelt kommen sich erheblich besser. — Wie römische Blätter aus Catania melden, brachen dort am Dienstag abend während der Karnevalsfeste infolge der Verhaftung eines Arbeiters Ausschreitungen aus. Die Menge versuchte den Gefangenen zu befreien, wodurch es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam. Nachdem die Menge die Scheiben mehrerer Läden zertrümmert und beträchtlichen Schaden und Verwüstungen angerichtet hatte, wurde die Ruhe wieder hergestellt. Mehrere Personen wurden verwundet und 5 Verhaftungen vorgenommen. — Wie der Lokalanz. aus Belgrad meldet, erregt ein Vorfall im dortigen Konak ungeheures Aufsehen. Zwei Wachen, die unmittelbar vor den Gemächern des Königs Wache hielten, wurden um 10 Uhr abends bewußtlos aufgefunden. Den Aerzten teilten sie mit, daß sie sich nur erinnern könnten, daß eine Dame, gefolgt von einem Offizier, an ihnen vorbeigegangen. Mehr konnten sie nicht aussagen, da der Adjutant des Königs sie an weiteren Aussagen verhinderte! „Ist's bloß Aberglaube oder sollte Draga versuchen, die Thronfolgefrage ohne Hilfe Alexanders zu lösen?“ — Die Frankf. Zeitung meldet aus Konstantinopel: Die türkischen Truppen besetzten ohne Widerstand die Insel Bubian, nördlich vom Golf Komeri.

## Parteiangelegenheiten.

8. **Der Kommunal-Freisinn in Halle,** der die Mandate unserer Genossen Reichstagsabgeordneter Thiele und Metzscher Kruger aus ganz nebensächlichen formellen Gründen für ungültig erklärt hat, setzte sich bei der vom 6. bis 8. Februar stattfindenden Nachwahl im 3. Bezirk in einer Zähigkeit, wie sie wohl noch nicht dagewesen ist. Obwohl der Magistrat schon alles möglich gethan hat, um seinem bereitwillig gewährten Freisinn „den Sieg“ so leicht wie möglich zu machen, wird er den Sozialdemokraten so gern ungesetzlicher Terrorismus betreiben, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Es wurden den kleinen Geschäftsleuten „zirkulare machende, in denen mit der Hungerpeitsche gedroht wird, im Falle sie sozialdemokratisch wählen. Die im städtischen Dienst stehenden Arbeiter, denen eine Pensionsberechtigung in Aussicht gestellt worden ist, werden darauf aufmerksam gemacht, daß es „vollständig verkehrt“ sein würde, wenn sie sozialdemokratisch wählten. Die „Herren Mitglieder“ der Kriegervereine werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie dem Kaiser den Eid der Treue geleistet haben und deshalb gegen den Umsturz zu Felde ziehen müßten. Die Mitglieder der „christlichen“ Ordnungsvereine wurden gegen die Zumutungen ihres Status verfasst, wenn sie den Sozialdemokraten ihre Stimme geben. Die Wahlzettel fehlen von Unwahrheiten. Da heißt es, wenn Thiele und Kruger gewählt wurden, müssen die Steuern erhöht werden, und dabei war es der Kommunalfreisinn, der 70000 M. zur Denkmalserrichtung, 9000 M. bei dem Umzug des Artillerie-Regiments und noch andere unnötige Summen bewilligte. Die Wahl findet in einer Volksschule statt und wird von einem ständigen Heer Polizeibeamter überwacht. Heute waren zwei Kommissare, 16 bis 18 uniformierte Polizisten und einige Kriminalbeamte „thätig“. Ein Arbeiter, der in ganz harmloser Weise einen alten Mann, der sich bezüglich des Wahllokals um Auskunft bat, ersuchte, Thiele und Kruger zu wählen, wurde nach der Polizeiwache gebracht, wo ihm angekündigt wurde, daß er eine Anklage wegen „Wahlbelästigungen“ zu gewärtigen habe. Die unbesoldeten Stadträte, die sonst immer bei den Wahlen tangierten, hat man zur Leitung dieser Wahl nicht für „fähig“ erhalten, sogar Bürgermeister v. Gohlen war zeitweise als Wahlaufseher thätig. Es sollte uns nicht wundern, wenn die empfindlichen unbesoldeten Stadträte, die im November wegen einer angeblichen Beleidigung streikten, wieder einmal die Arbeit niederlegten und ein zweites Vertrauensvotum verdienten.

Aber alle diese Praktiken der Gegner haben unseren Genossen den Sieg nicht entreißen können. Bei starker Wahlbeteiligung wurden die Genossen Thiele und Kruger mit 1011 gegen 1001 gegnerische Stimmen wiedergewählt. Nach den aufgewendeten schofleren Mitteln eine riesige Blamage für den Hallischen Kommunalfreisinn.

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

**Wann ist eine öffentliche Versammlung?** In einer Versammlung der Zahlstelle Nürnberg des Zentralverbandes der Bau- und Erdarbeiter, die polizeilich gemeldet worden war, hatte der Bauarbeiter Krüger durch Zirkular auch eine Anzahl Nichtmitglieder eingeladen. Während die Zahlstelle 40 Mitglieder hat, waren in der Versammlung 70 bis 80 Personen anwesend. Der Bauarbeiter Remdhofer referierte in der Versammlung über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Das Landgericht Nürnberg als Berufungsinstanz verurteilte nun den Einberufer und den Referenten wegen Vergehens gegen die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes zu Geldstrafen. Wegen der Einladung und der Anwesenheit vieler Nichtmitglieder nahm das Landgericht an, daß es sich hier nicht um die der Polizei angezeigte Mitgliederversammlung, sondern um eine öffentliche Versammlung handele, die nicht angemeldet worden sei. Auch war es der Meinung, daß die Versammlung öffentliche Angelegenheiten im Sinne des § 1 des Vereinsgesetzes erörtert habe. — Auf die Revision der Angeklagten hob der Strafsenat des Reichsgerichts die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu anderweitiger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht in Gotha zurück. Begründend wurde ausgeführt: Der § 1 des Vereinsgesetzes sei nur anwendbar, wenn die Versammlung von vornherein zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten bestimmt gewesen sei, wenn solche in der Versammlung erörtert werden könnten. Das sei hier aber nicht festgestellt, sondern nur, daß derartige Angelegenheiten thatsächlich erörtert worden seien. Das Landgericht müsse nachweisen, ob dies der von vornherein bestimmte Zweck der Versammlung gewesen sei. Der Senat halte es für erforderlich, die Sache an ein anderes Landgericht zu verweisen.

## Handel und Wandel.

**Nummer.** Im Schwurgerichtssaale des königl. Landgerichts, Pillnitzer Straße 41, hatte gestern eine Versammlung der Inhaber der mit 5 Prozent verzinslichen Schuldverschreibungen der Anleihe von 1900 der Elektrizitätswerke vorm. Nummer u. Co. in Konkurs. Auf der Tagesordnung stand die Beschlußfassung über die Erhebung einer Klage gegen die Kreditanstalt für Industrie und Handel in Liquidation in Dresden auf Schadenersatz und über Aufgabe des Pfandrechts an dem Niederlößnitzer Elektrizitätswerke gegen Zahlung eines Betrages von 100 000 M. Zum ersten Punkt referierte, nach dem Dr. R., der Vertreter der 5 Proz. Obligationäre, Herr Rechtsanwalt Pohl. Nach dem von ihm erworbenen Einblick in die Verhältnisse sei die Leitung des Unternehmens in außerordentlich leichtsinniger Weise gehandhabt worden, und zwar sowohl in technischer als kaufmännischer Beziehung, und die abenteuerlichen Projekte seien auf Grund eines ganz außerordentlichen Optimismus ausgeführt worden. Wer freilich für den Schaden, den die 5 Prozent-Obligationäre erleiden, verantwortlich zu machen sei, sei diejenige Gesellschaft, die die Anleihe von 1900 emittiert habe, obwohl sie nach den eingezogenen Erkundigungen genau den Stand und die finanzielle Schwäche der Nummer-Gesellschaft gekannt habe. Dem entspreche aber nicht der Inhalt des Prospektes jener Anleihe. Für die Geltendmachung der Schadenansprüche kommen das Vorbesitzerpaar einerseits und das Bürgerliche Gesetzbuch andererseits in Betracht, je nachdem die Frage einer vorsätzlichen Verschweigung wesentlicher Thatsachen oder einer fahrlässigen Vermögensschädigung aufgeworfen werde. Die vorhandenen Unterlagen reichen zur Durchführung jener Schadenansprüche nicht aus, und gegebenen Falls werde sich noch die Vernehmung von Zeugen notwendig machen. Ob diese in Verbindung mit dem vorhandenen schriftlichen Material hinreichen werde, habe sich mit Sicherheit noch nicht feststellen. Bemühungen wegen Gewährung einer Sanierungsbeihilfe seien erfolglos gewesen. Zwar sei dieser ausschlagende Standpunkt insofern dann verlassen worden, als die Kreditanstalt mit Rücksicht darauf, daß durch einen etwaigen Prozeß die Durchführung der Sanierung gehindert oder erschwert würde, ein Angebot in der bescheidenen Höhe von 50 000 M. gemacht worden sei. Im übrigen vertrete die Kreditanstalt aber die Verteidigung derartiger Ansprüche. Mit dieser Summe habe sich der Ausschuß indes nicht zufrieden erklärt; und wenn er auch von der Annahme eines Vergleiches nicht abrate, so habe er darüber doch immerhin die Basis von 150 000 M. ins Auge gefaßt. Komme ein Vergleich nicht zu stande, so würde der Prozeßweg gegen die Kreditanstalt beschritten werden müssen und zwar auch dann mindestens 100 000 M. Der Konkursverwalter Herr Justizrat Dr. Mitzschke machte im Anschluß hieran noch verschiedene Mitteilungen, nach denen u. a. bei den beiden Direktoren der Nummer-Gesellschaft, Nummer und Denfow, die überhaupt mit verantwortlich sind, Erfolg zu finden fast ausgeschlossen ist. Ueber das Privatvermögen des erstern sei in der Konkurs eröffnet, in welchem Nummers Gattin eine bevorrechtigte Forderung für eingebrachtes Heiratsgut geltend gemacht, und Denfows Vermögen sei in außerordentlicher Weise reduziert worden. Ob es gelingen werde, die Mitglieder des Aufsichtsrats heranzuziehen, sei noch fraglich und der Ausschuß der Gesellschaft Nummer habe diese Frage auch noch nicht erwogen. Mit der Kreditanstalt sich zu vergleichen, halte er für besser, als einen Prozeß, der große Kosten verursachen werde. Der Vertreter der Kreditanstalt, Herr Rechtsanwalt Dr. Pleißner, bemerkte, daß ein Prozeß von dieser nicht zu fürchten sei und daß jenes Angebot nur gemacht worden sei, um event. eine glatte Liquidation der Anstalt nicht zu erschweren. Im Verhältnis zu den Beträgen sei das Angebot so gering, sie habe aber einerseits nichts zu verschenken, andererseits sei man überzeugt, daß eine Verpflichtung nicht bestehe. Er glaube nicht, daß die Verwaltungsfaktoren der Anstalt auf eine Summe von 150 000 M. eingehen würden. Herr Bankier Quellmalz hielt einen Prozeß nicht für empfehlenswert. Ein Vergleich dürfte vorzuziehen sein. Im übrigen plaidierte er für Zeitgewinn zur event. Sanierung des Niederlößnitzer Werkes auf dem Wege des Zusammenschlusses beider Interessenten-Obligationäre. Herr Rechtsanwalt Dr. J. Bondi, der Vertreter der 4½ Proz.-Obligationäre, war derselben Ansicht, doch hielt er den Vergleichsvorschlag, wie er vorliegt, für ungenügend. Event. habe er Ermächtigung für einen Prozeß zu stimmen. Herr Rechtsanwalt Dr. Rathenau hielt die Aussicht für einen solchen für nicht so günstig, daß er nicht versucht werden sollte und machte auf der Basis von 1 Million mit der Kreditanstalt verhandeln wollen, wogegen sich Rechtsanwalt Dr. Pleißner absolut ablehnend erklärte. Herr Rentier Posemeier glaubte nicht, daß mehr als 150 000 M. herausgeschlagen sein würden. Zuletzt fasste die Versammlung Entschließung dahin, die Klage gegen die Kreditanstalt wegen eines Betrages von 100 000 M. zu erheben, und ermächtigte Herrn Rechtsanwalt Pohl zugleich, weitere Vergleichsverhandlungen zu pflegen. — Der zweite Versammlungsgegenstand fand glatte Erledigung, indem man Herrn Rechtsanwalt Pohl ermächtigte, gegen Gewährung von 280 000 M. das Pfandrecht am Niederlößnitzer Elektrizitätswerke anläßlich dessen Ankaufs durch die Gemeinde Niederlößnitz aufzugeben, während dieser Betrag zu Gunsten der 5 Proz. Obligationäre von der übrigen Konkursmasse getrennt bis nach Beendigung des Prozesses zur Kreditanstalt bei der Sächsischen Bank anzulegen ist.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020213/3
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

## Gerichts-Zeitung.

### Landgericht.

-e. **Zwei Brüder und „Geschäftsleute“**, denen anscheinend kein Unternehmen zu riskant ist, mußten sich in den Personen des Hüttenbesitzers und Bauunternehmers Karl Ferdinand und seines drei Jahre jüngeren Bruders Karl Heinrich Klaus wegen vollendeten und versuchten Betruges verantworten. Die beiden in Oberreula bei Nossen geborenen Angeklagten sind vorbestraft und zwar Karl Heinrich Klaus innerhalb der letzten 16 Jahre mit insgesamt 17½ Jahren Zuchthaus. Die Anklage geht nun dahin, daß der Baumeister Braun in Weinböhla beim Verkauf eines Grundstückes an die Gebrüder Klaus von diesen um 3000 M. durch falsche Vorspiegelungen geschädigt wurde. Weiter bewog Klaus der jüngere die Wirtschafterin Kunze unter schwindelhaften Angaben zur Hergabe eines Sparkassenbuches von 300 M. Ein ähnliches Manöver führte er mit einem Bäckermeister und einem Rechtsanwalt aus. In diesem Falle bat er jenen Leuten, um sie ebenfalls zur Hergabe von je 3000 M. zu bewegen, telephonisch als ein Professor Hermann und das andere Mal als Professor Heinze mitgeteilt, sie hätten 25 000 M. Hypotheken für Klaus auf das Grundstücker Gut eintragen lassen. Beide Angeklagte werden unbeachtet ihres Leugnens schuldig befunden und Karl Ferdinand Klaus zu 1 Jahr Gefängnis, sein Bruder Karl Heinrich zu 4 Jahren Zuchthaus, 600 M. Geldstrafe oder weiteren 80 Tagen Zuchthaus verurteilt. Dazu kommt Ehrverlust in der Dauer von 5 bez. 10 Jahren.

### Militärgericht.

Z. **Schwer beiraut.** Bis zu seinem Eintritt in das Heer, der im Herbst 1900 bei der 4. Kompagnie des 178. Infanterie-Regiments erfolgte, war der 1879 in Reichstädt (Sachs.) geborene Arbeiter Josef Daniel ein noch völlig unbescholtener Mensch. Dann aber trat auch mit einem Male ein Wandel ein. Anfänglich konnte man die militärische Drill nicht und er zog sich namentlich wegen Fahnenflucht und Kameradverletzung zahlreiche disziplinarische und gerichtliche Zuchtbestrafungen von längerer Dauer zu. Gegenwärtig verbüßt er diese Strafen im hiesigen Festungsgefängnis. Hier wollte sich nun am Abend des 11. Januar d. J. ein Vorfall ab, der den Gegenstand einer neuen Anklage bildete, die gestern vor dem Kriegsgerichte der 1. Division Nr. 23 zur Verhandlung gelangte. Angeklagter sollte an genannten Tage zwecks Verbüßung einer über ihn verhängten Disziplinarstrafe nach dem Zellenbaue in Einzelhaft gebracht werden, wobei er kaum Vorbereitet nach seine Bettwäsche in das neue „Quartier“ mitnehmen durfte. Auf an ihn ergehende Weise um Herausgabe der Wäsche zu ersuchen, soll er seinen Kopf in das von seiner Gefangenenzelle nach der Unteroffizierstube gehende Beobachtungsfenster gesteckt und den sich dort eigentlich aufhaltenden Sergeanten Sommer in „frechem Tone“ angeredet haben: „Wo bleibt meine Bettwäsche?“ Als der Unteroffizier ihn deshalb ungeht wies, erklärte T. wieder: „Ich will meine Wäsche haben!“ und, durch das angebliche Verhalten des anderen in Erregung versetzt, ergriff er einen Schemel und holte damit unter Schimpfen und Drohworten zum Wurfe aus, doch kam es nicht dazu, weil der Bedrohte inzwischen zurückgewichen war. Ebenfalls benahm sich der Angeklagte, wie ihm zur Last gelegt wird, nachdem er im Zellenbaue untergebracht war. Der hier die Aufsicht führende Sergeant Schröder befahl ihm, die wollenen Decken aus seiner Zelle herauszuwerfen. Dem kam T. nicht gleich nach, und als es schließlich doch geschah, soll er wieder geschimpft und gedroht haben. Die Zurechtweisung durch den Unteroffizier hatte zur Folge, daß Angeklagter einen Stuhl ergriff und dem erneuten in drohender Haltung zurief: „Ich hau' Euch alle noch zusammen!“ Der Sergeant hat ihn dann mit dem Gebrauche der Waffe gedroht. Im großen und ganzen ist Daniel geständig, nur behauptet er, daß er um Herausgabe der Wäsche gebeten und der Sergeant Schröder ihn durch die Aeußerung gereizt habe: „Na warte, Dir will ich aber die Eigenheit zeigen!“ Nach der Beurteilung soll der Angeklagte ein völlig heruntergekommener und leicht erregbarer Mensch sein, der namentlich zu Auflehnungen gegen seine Vorgesetzten neigt. Ein Zeuge bekundet noch, daß, nachdem am fraglichen Abend der Angeklagte sich beruhigt hatte, dieser geweint und erklärt habe, von nichts mehr zu wissen. Das Urteil zeichnete sich durch eine besondere Härte aus: es lautete wegen Drohung, Achtungsverletzung, Beleidigung und thätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten mittels eines gefährlichen Werkzeuges auf 3 Jahre 6 Monate Gefängnis und Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes. Bei seiner Abführung erklärte der Angeklagte noch, daß er jetzt ins Zuchthaus wolle.

Der wegen Diebstahls einer Büchsenkarte und Ungehorsams mit 14 Tagen Mittelarrest bestrafte Gefreite von der 2. Eskadron des 11. Husarenregiments (siehe Bericht in gestriger Nummer) war, wie noch nachgetragen sei, der 1878 in Görlitz geborene Hausdiener Gustav Paul Schubert.

## Vermischtes.

**Hochwasser** wird aus den Flußgebieten des Rheins und der Weser seit einigen Tagen gemeldet. Zahlreiche niedrig gelegene Ortschaften des Mittelrheins sind bereits überschwemmt. Auch im Moselgebiet herrscht Hochwasser. Die unteren Geleise des Nordhafens in Ruhrort sind überschwemmt, wodurch der Verkehr eine Störung erfährt. Trotz langsamen Fallens der Mosel und Saar wird aus weiteres Steigen des Oberrheins gemeldet. Die Weser hat ebenfalls weite Strecken Landes überschwemmt. Die starken Schneefälle lassen ein weiteres Steigen befürchten.

**Von dem Sturm in Italien** in der ersten Februarwoche wird berichtet: Besonders Piemont wurde von furchtbaren Stürmen und einem derartigen Schneefall heimgesucht, daß jeder Verkehr stockte. In Turin mußten die Schulen geschlossen werden, weil es den Kindern unmöglich war, durch den unterhohen Schnee nach den Schulhäusern zu gelangen. Lebensgefährlich waren die zerrissenen Telephondrähte, die überall auf Erde niederhingen und vielfach mit den Leitungsdrähten des elektrischen Netzes in Berührung kamen. Wer nun so einen zerrissenen Telephondraht anfaßte, geriet in Gefahr, getötet zu werden. Auf behördlichen Befehl mußte daher der Strom der Leitungsdrähte abgestellt werden, und die ganze Stadt blieb während zweier Tage unbeleuchtet. Am ärgsten wurde die Stadt Cuneo heimgesucht. Hier erreichte der Schnee in den Straßen die Höhe der ersten Stockwerke der Häuser. Die telegraphische und Eisenbahnverbindung der Stadt mit der Außenwelt wurde vollständig unterbrochen. Einige nach Cuneo bestimmte Züge blieben am Abend des 1. Februar im Schnee stecken und die Insassen der Züge konnten erst nach drei Tagen aus ihrem Gefängnis befreit werden. Die piemontesischen Alpentäler sind noch sämtlich vom Schnee gesperrt. In der Ortschaft Noventa, in Venetien, war der Schneefall nicht so stark, dafür brachte aber von Triest her ein schneidender, eisig kalter Oststurm über die Adria und die venetianische Tiefebene hin. Diesem Sturme sind auf der Rückreise der Sette Comuni zwei Zollwächter erfroren. Sie waren auf einem dienstlichen Marsche begriffen und erfroren, ehe sie ein schützendes Haus erreichen konnten.

## Briefkasten.

(Anonyme Anfragen werden nicht beantwortet, sondern wandern in den Papierkorb. Sprechstunde der Redaktion mittags 12—1 Uhr.)

A. B. L. 100. 1. Oberbefehlshaber des deutschen Heeres. 2. Kommt gar nichs in Frage. 3. Ist nicht vorgeschrieben.

A. P., Peterstraße. Das für Sie passendste Blatt dürfte Der Eisenbahner sein; es erscheint in Wolfenbüttel. Lassen Sie sich ein Probe-Nummern schicken.

## Dresdener Theater.

Freitag den 14. Februar.

**Opernhaus.** (Altstadt.) **Carmen.** Oper in vier Akten. Musik von G. Bizet. Anfang 7 Uhr.

**Schauspielhaus.** (Neustadt.) **Minna von Barnhelm.** Lustspiel in fünf Akten von Lessing. Anfang ½8 Uhr.

**Residenztheater.** (Gastspiel von Frl. Jenny Groß und Adolf Klein vom Lessingtheater in Berlin. **Die Fee Caprice.** Lustspiel in drei Akten von Oskar Blumenthal. Anfang ½8 Uhr.


**Central-Theater.**
Variété.
Täglich Vorstellung.
Einlaß 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr.
Sonn- und Feiertags 2 Vorstellungen:
Nachmittags ermäßigte Preise Einlaß 3 Uhr, Anfang ½4 Uhr
Abends ½8 Uhr gewöhnl. Preise.

**Victoria-Salon.**
Die Budapester Singspiel-Gesellschaft
„Springer und Pauly“.
Heute: **Mirza Golems** [illegible]
Im Tunnel von 7 Uhr an: Freie Konzert.


**Wetterbericht** nach der Wetterschule auf der Carolabrücke vom 13. Februar, vormittags 10½ Uhr.

Barometer: 746. — Veränderlich.
Thermometer: + 2½° R.
Thermometrograph n. Reaumur Min. — 5°. Maxim + 4°
Hygrometer: 72°.
Wasserstand der Elbe: 25 cm = 0


**Verein für Volksbildung.**
Sonnabend den 15. Februar 1902, abends 9 Uhr
**Generalversammlung**
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht. — 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. — 3. Verschiedenes.
Mitgliedskarte legitimiert. — Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorst.**

Dienstag den 18. Februar 1902 im Trianon
**XXII. Stiftungsfest**
bestehend in Instrumental- und Vokal-Konzert turnerischen Aufführungen, komischen Vorträgen und Ball.
Anfang 8 Uhr. — Ende 4 Uhr.
Eintrittskarten für Mitglieder und deren Angehörige sind im Verein-lokal und bei den Vorstandsmitgliedern unentgeltlich zu entnehmen.

**Naturheilverein Pieschen.**
Freitag den 14. Februar, abends 8½ Uhr
**Vortrag**
des Herrn A. Scholta, Freiberg, über: Die chronische Unfähigkeit der Magenthätigkeit usw.
im Deutschen Kaiser, Pieschen.
Mitglieder haben freien Zutritt. — Gäste zahlen 15 Pf. Entree.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet D. V.
NB. Ungünstiger Witterungsverhältnisse halber findet die für nächsten Sonntag angesetzte Partie nicht statt.

Sonnabend den 15. Februar 1902, abends ½8 Uhr
im Gasthof Niedersedlitz, kleiner Saal
**General-Versammlung**
der
**Beihilfskasse der Krankenkasse für die Fabrik Elektrizitätswerke zu Niedersedlitz.**
Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung. 2. Beschlußfassung über den Statutenentwurf. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Allgemeines.
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet.
Der Vorstand.

**Mügeln — Heidenau.**
**Zur Aufklärung.**
Auf die Entziehung des Consumvereins „Vorwärts“ in Dresden auf meine Annonce vom 6. d. M. habe ich folgendes zu erklären:
Daß ich Rabattmarken für die hiesigen Consumvereinsmitglieder auszugeben berechtigt bin, ist Thatsache. Es ist mir nur bei der Abfassung meiner Annonce, infolge ungenügender Information, ein Irrtum unterlaufen, insofern, da diese Sache ein privates Uebereinkommen der hiesigen Mitglieder unter sich ist und mit der Verwaltung des Consumvereins „Vorwärts“ in Dresden nichts zu thun hat.
Mit der Bitte, recht regen Gebrauch von dieser Einrichtung zu machen, zeichnet
Hochachtungsvoll
**Gustav Rotter, Bäckermeister**
Königstraße 18.

**Um Anfang des Jahrhunderts.**
Heft 1. Kulturelle Anmaßungen von Dr. Borchardt.
„ 2. Die Entwickelungslehre von Wilh. Bölsche.
„ 3. Die soziale Gesetzgebung von Paul Hirsch.
„ 4. Der Militarismus von Karl Bierbrauer.
„ 5. Die Kirche von Paul Göhre.
„ 6. Die Weltwirtschaft von Rich. Calwer.
„ 7. Nationalismus und Internationalismus von Dr. Ladislaus Gumplowicz.
„ 8. Die Naturgeschichte von Dr. Kurt Grottewitz.
„ 9. Die hygienische Kultur von Dr. Alfr. Grotjahn.
„ 10. Die Medizin von Dr. Ignaz Zadek.
„ 11. Liebe und Liebesleben von Dr. Ernst Gustrow.
„ 12. Die Prostitution von Dr. Alfred Blaschke.
Jedes Heft 30 Pfg. (Porto 5 Pfg.)
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Sommerstraße 22.

**Circus Schumann**
Dresden-Löbtau.
Beginn 8 Uhr. Beginn 8 Uhr.
Täglich immenser Success
der Ausstattungspantomime
„Auf Helgoland“
Circus unter Wasser.
Sensation! Sensation!
George Bonhair-Troupe
und das brillante Sportsprogramm.

**Welt-Restaurant Société**
Waisenhausstr. 18
Täglich: Urfidele Saxonias.
Prolongiert:
Damen-Sextett „Dornröschen“.

Achtung! Fleisch-Preise.
Kalbfleisch Pfd 50—60 Pf.
Hammelfleisch „ 50—65 „
Rindfleisch „ 50—70 „
Dichatzer Straße 34
Markthalle Antonsplatz.
Stand Nr 33—35
Emil Nacke.

Achtung! Parteigenossen!
Kauft eure
Stiefel u. Schuhwaren alle beim Genossen
Michel, Rosenstr. 3.
Da kauft man, wie bekannt, gut und billig.

Herren-Wäsche
Krawatten, blaue Anzüge
kauft man am billigsten bei
E. Köhler, Am See 11.

Echtes mah. Schreibpult 25 M., solider Schreibtisch 24 M., kleines Vertikal-Büffet 21 M., hübsches rotes Sofa 30 M. Bettstelle mit Federmatr. 18 M. sofort zu verk. Schloßstraße 21, 1. Etage.

Heirathsscheine u. kleiner Schnitt s. bill. Preis Gebler, Trebg. 8, 3.

Herrschaftl. getrag. Herrenkleider verkauft Gebler, Trebgasse 8, 3. Et.

In Ostern wird unter günstigen Bedingungen ein Bäckerlehrling gesucht. Dichatzer Straße 11.

**Fische werden billiger!**
Soeben wieder frisch eingetroffen:
Kleine grüne fette
**Back-Heringe**
2 Pfund 25 Pf.
Prachtvoller
**Seedorsch**
Pfund 25 Pf.
Feinster fetter
**Kabljau**
Pfund 28 Pf.
Großer fetter
**Seefisch**
keine Köpfe dabei, lauter Fleisch
Pfund 25 Pf.
ausgeschnitten Pfd 25 u. 30 Pf.
Lebensfrische fette
**Ostsee-Butten**
zum Braten, Pfund 25 Pf.
Gedruckte Rezepte gratis.
**E. Paschky.**

Umsonst u. sofort erhält jeder interessent Preis-Katalog mit ca. 3000 Abbildungen v. Messer, Scheren, Zangen, Werkzeugen, Gold- und Lederwaaren usw. Ferner enthält Katalog ca. 1 [illegible] Gratis und franko. Original unübertr. „Silberstahl“-Rasiermesser m. Garantie 3 M. Echte Diamantbohrer à M. 600 Nachf. ab vorher Kasse.
Fritz Kammerfahr,
Fachmesserschmiedemeister, Solingen-Gräfrath.

**Papierbranche**
(Deutscher Buchdrucker-Verband)
Sonnabend den 15. Februar abends 9 Uhr
**Versammlung**
im Gasthof zum Hercules, Antonstr.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Gen. Frieke: Die Entwickelung der Industrie u. die Lage d. arbeitenden Klasse.
2. Gewerkschaftliches.
Zu jedem Punkt Debatte.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Einberufer.

Nationale Krankenkasse der deutschen Gold- u. Silberarbeiter.
Sonnabend den 15. Februar abends 9 Uhr
**Mitgliederversammlung**
im Zelle's Gasthaus
Kleine Brüdergasse Nr 17, 1. Et.
Tages-Ordnung:
Jahresberichte und Neuwahl der Ortsverwaltung.
Die Ortsverwaltung.

**Lackierer u. Schriftmaler.**
Sonnabend den 15. Februar abends 9 Uhr
**Oeffentl. Versammlung**
im II. Trianonsale, Schützenplatz.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag von Herrn Redakteur Gustav Riem.
2. Gewerkschaftliches.
Zu jedem Punkt Debatte.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Einberufer.

**Sonnen- u. Regenschirme**
werden in der Schirmfabrik
**H. Taureck**
Am See 24, II. (Fabr. in Weißinersitz 27 (Baden) am billigsten neu bezogen und repariert. Solide Ausführung.

**Consumverein „Vorwärts“ Pirna.**
Den Bewerbern um die Verkäuferstelle in Dohna betreffend zur Kenntnis, daß dieselbe besetzt ist.



Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riem, Dresden.
Für das Feuilleton verantwortlich: Hanns Morgenstern, Dresden.
Druck und Verlag von Aden & Komp., Dresden.
Hierzu 1 Beilage.

# Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 36. Dresden, Donnerstag den 13. Februar 1902. 13. Jahrgang.


## Reichstag.

141. Sitzung. Mittwoch den 12. Februar 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Nieberding.

Die zweite Beratung des Etats der

**Reichsjustizverwaltung**

(Staatssekretär) wird fortgesetzt.

Abg. **Lenzmann** (freis. Volksp.): Ich halte es nicht für angebracht, die Aktiengesellschaften unter politische Aufsicht zu stellen. Das Proportionalwahlsystem bei den Aufsichtsratswahlen würde es zu Aufsichtsrat nur mit unreifen Elementen besetzen. Die Rechtsanwälte werden von den Behörden nicht ganz gleichmäßig mit den Staatsanwälten behandelt. Wenn ein Rechtsanwalt so, wie Herr Hamm gehandelt hätte, wäre er sicher wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen angeklagt worden. — Es sind gestern eine Reihe berechtigter Klagen über die schlechte Behandlung des Anwaltstandes gebracht worden. Wir sehen aber zur Abstellung dieser Mißstände nicht so weit, wie die Agrarier im Zirkus Busch, die Gott, der doch der Gott aller Menschen ist, anflehen, er möge dafür sorgen . . . .

Präsident Graf **Ballestrem**: Herr Abgeordneter, wir sind beim Justizetat. (Heiterkeit.)

Abg. **Lenzmann** (fortfahrend): Der beste Schutz gegen den Duellunfug ist, daß die Duellanten ihres Amtes entlassen werden, wie es der Abgeordnete Schrader will. Auch darf der Duellrauer weder gesellschaftlich, noch von den Behörden intimiert werden. Im Gegensatz zu meinen Freunden glaube ich, daß der kaiserliche Reichskanzler so sehr der ganze Wille herrscht, die Wünsche des Volkes zu erfüllen, als beim Reichsjustizamt und dem Herrn Staatssekretär. Wenn der Staatssekretär nicht mit seinen Wünschen durchdringt, so ist das nicht seine Schuld. Doch muß ich persönlich etwas einschränken: der Grund des Herrn Staatssekretärs, die Regelung einzelner Materien ganze vom Bundesrat nicht vorgenommen werden, weil Initiativanträge des Reichstages zu derselben Sache vorliegen, ist sehr wenig juristisch. Im Falle Bredenbeck trifft die Schuld die Polizeibehörde. Ich bin ganz ein scharfer roter Demokrat (Hört h. d. Soz.; Ah! Heiterkeit), ich kann dem aber nicht beimessen, daß sich in vielen richterlichen Urteilsmotiven ein bestimmter politischer Geist wiederspiegle. Schwer zu tadeln ist, daß verbrecherische Polizeibeamte so oft begnadigt werden. Auch gegen das Vorgehen des Fürsten von Reuß muß vom Reichsjustizamt Beschwerde erhoben werden. Niemals darf eine Begnadigung zu einer im Gesetz nicht vorgesehenen Strafe erfolgen.

Präsident Graf **Ballestrem**: Herr Abgeordneter, Sie dürfen über das Begnadigungsrecht im allgemeinen sprechen, nicht aber einzelne Fälle besprechen. Außerdem liegt dieser Fall keineswegs fest, sondern er war durch Zeitungsnachrichten verbreitet. Ich bitte Sie also, auf diesen Fall nicht weiter einzugehen.

Abg. **Lenzmann** (fortfahrend): Wir fordern weiter die Beseitigung des liegenden Gerichtsstandes der Presse und eine Einschränkung des Wortlautes, der mit dem Groben Unfugsparagraphen getrieben wird. (Sehr! links.)

Staatssekretär des Reichsjustizamtes **Nieberding**: Das Lob, das mir Herr Lenzmann zu teil werden ließ, war mir nicht gerade angenehm, da es auf Kosten anderer Instanzen des Reiches erfolgte. Auch folgte der kühnen Lobrede nachher ein recht langes Sündenregister. — Der Herr Redner hat auch meine Bemerkung über die Initiativanträge gehört. Tatsache ist aber, daß, solange Initiativanträge über eine Materie im hohen Hause verhandelt werden, die Regierung nicht mit einer Novelle in derselben Sache hervortreten kann. Wenn der Reichstag hier Initiativanträge verhandelt, so bekundet er damit seinen Willen, daß aus der Mitte des Hauses heraus eine gesetzgeberische Frage zum Abschluß gebracht werden soll. — Schließlich möchte ich feststellen, daß sich Herr Lenzmann irrt, wenn er meint, daß in Majestätsbeleidigungssachen nicht häufig Anträge auf Begnadigung gestellt werden. Gerade das Gegenteil ist der Fall.

Abg. Dr. **v. Levetzow** (kons.) erwidert dem Abg. Lenzmann, daß hier Gründe einig seien in der Verurteilung solcher Mißstände, wie sie im Falle Bredenbeck vorgekommen sind. Die Quelle sind vom Uebel, werden sich aber nicht ganz aus der Welt schaffen lassen, weil die Menschen eben schwach sind. Der Antrag Gröber gehe seiner Partei zu weit, der Antrag Schrader sei schon eher annehmbar. (Beifall rechts.)

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Ich muß noch einmal auf den Potsdamer Fall zurückkommen. Soweit der Regierungskommissar Tatsachen angeführt hat, hat er genau dasselbe gesagt, was auch ich vorgetragen habe. Der Schutzmann ist ins Gesicht geschlagen, zu Boden geworfen worden, es sind ihm die Kleider vom Leibe gerissen worden. Der Kommissar sagte, es sei nicht mit Sicherheit festzustellen gewesen, wer von den sechs diese schlimmen Dinge begangen habe. Wenn sich sechs Mann um einen Beamten drängen, der verletzt wird geschlagen und liegt schließlich am Boden, so liegt eben Landfriedensbruch vor. Der Staatsanwalt hatte Recht, als er in der Verhandlung erklärte, daß hier Mißhandlung und Roheiten vorlägen, wie sie sich der tadelhafteste Fabrikarbeiter nicht zu Schulden kommen ließe. Der Regierungskommissar sagte, der Schluß sei nicht gerechtfertigt, daß die jungen Leute wegen ihrer sozialen Stellung so völlig davongekommen seien. Von dem Gerichtsvorsitzenden ist in der mündlichen Urteilsbegründung erklärt worden — ob in dem schriftlichen Urteil der Satz auch steht, weiß ich nicht — daß nur auf Geldstrafe erkannt sei, weil man von einer Freiheitsstrafe abgesehen habe „**angesichts der angesehenen Stellung, welche die Angeklagten einnehmen** und des Umstandes, daß sie **Söhne hochachtbarer Eltern seien**". Das ist wörtlich so verlautbart worden. Soweit also der Kommissar nichts Unrichtiges gesagt hat, hat er genau dasselbe gesagt wie ich. Ich beklage es natürlich nicht, daß die Leute kein Gefängnis bekommen haben, ich beklage nur die Klassenjustiz, die gegen Arbeiter so ganz anders urteilt. Die Arbeiter, die sich in Moslin gestraft haben, sind schlimmer als die betrunkenen „Herren", die ohne jede Veranlassung die unflätigsten Kneipereien mit dem Beamten provoziert haben. In Moslin aber sind die Arbeiter mit Gefängnis, so wie hohen Zuchthausstrafen belegt worden. Das ist Klassenjustiz, und wenn dem Regierungskommissar Zwickau und Moslin so weit entfernt liegen, um den Zusammenhang genau erkennen zu können, so liegen Zwickau und Lebbin nahe beieinander. (Sehr gut! bei den Soz.) Was haben denn die Lebbiner Arbeiter Unehrenhaftes getan? Sie haben sich gegen einen Polizeiron zu schützen versucht. Ich beweise den Kommissar nicht nur den Mangel an Selbstkraft, der ihn den Unterschied zwischen den hier angeführten Urteilen nicht erkennen läßt.

Redner polemisiert gegen die Abgg. Lenzmann und Dr. Certel. Herr Certel hat als Hauptgrund für die Zunahme jugendlicher Verbrecher die Abwendung von der Religion bezeichnet. Hodel war so voll gepfropft mit Bibelsprüchen, daß der Untersuchungsrichter erstaunt war. Auch Zeugen und Textleute waren sehr religiös. Aus der Statistik kann man beweisen, je stärker der Kirchenbesuch ist, desto stärker tritt das Verbrechen auf. Herr Certel hat sich dann schließlich auf Goethe berufen: seine Schriften seien geeignet, der Ausbreitung der sozialdemokratischen Anschauung entgegenzuwirken. Ich erinnere ihn an den Faust, II. Teil, wo im Helbauerliede die Klassenunterschiede so treffend geschildert sind, wie kaum je von unserer Seite. Weiter erfuhr ich ihn, jene Stelle, die ich hier schon einmal zitierte, mit dem zu vergleichen, was die Sozialdemokratie als ihr Endziel hinstellt. Faust spricht am Schluß des zweiten Teils von einem Lebensziel, er möchte einen großen Sumpf trocken legen und urbar machen. Redner zitiert die ganze Stelle, die schließt:

Ja, diesem Sinne bin ich ganz ergeben,
Das ist der Weisheit letzter Schluß . . . .

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Graf **Stolberg-Wernigerode**: Herr Abgeordneter, ich möchte Sie bitten, die Zitate aus Goethe, die doch mit dem Reichsjustizamt in sehr losem Zusammenhang stehen (Heiterkeit), nicht zu weit auszudehnen.

Abg. **Stadthagen** (fortfahrend): Es sei mir nur noch gestattet, diese eine Stelle noch zu zitieren:

„Das ist der Weisheit letzter Schluß
Nur der verdient sich Freiheit und das Leben
Der täglich sie erobern muß.
Solch ein Gewimmel möcht ich sehen,
Auf freiem Grund mit freiem Volke stehen."

Wenn Herr Certel sich Goethe weiter ansehen wollte, so würde er finden, daß der Dichter an sehr vielen Stellen Ansichten ausspricht, die sich mit denen der Sozialdemokratie decken.

Herr Certel ist dann wieder auf die Prügelstrafe zurückgekommen; er hat dabei eine unwahre Behauptung über unseren Parteigenossen, den Rechtsanwalt Liebknecht, ausgesprochen, die Dieser bereits in der Presse zurückgewiesen hat. Liebknecht hat als Verteidiger nur die Glaubwürdigkeit einiger Zeugen bestritten und gesagt, daß eine übermäßige Züchtigung nicht vorgekommen. Die ganze Angelegenheit stand gar nicht in sachlichem Zusammenhange mit dem Justizetat; Herr Certel hat die Unwahrheit nur ausgesprochen, um sie nach außen weiter zu verbreiten. Wenn er die Unwahrheit nicht zurücknimmt, wird er die Achtung, die man seinen Reden vielleicht, allerdings möglicherweise noch schwach, ganz verlieren.

Die Herren, die das Duell beschönigen, beschönigen den Mord. In ehrenhaften Kreisen ist das Schiedsgericht bei Streitigkeiten längst üblich. Sollen wir warten, bis der rückständige Teil der Bevölkerung den Sinn der Ehrengerichte begriffen hat? Ich schließe mit der Bitte, den Duellunfug des Zentrums möglichst einhellig zu verurteilen. Die Gegner laden den Verdacht auf sich, für die Aufrechterhaltung einer Roheit eingetreten zu sein. (Bravo! b. d. Soz.)

Sächsischer Geheimrat **Börner** beruft sich auf seine früheren Erklärungen über den Zwickauer Fall. Der Moslinter Fall sei ihm gänzlich unbekannt. Der Zwickauer Fall soll an Landfriedensbruch grenzen, behauptet der Vorredner. Das ist die Kritik eines Rechtsprechers, auf die ich nicht eingehen kann. Daß zwischen der mündlichen und schriftlichen Begründung ein Unterschied besteht, ist nicht gerade wahrscheinlich.

Abg. **Gröber** (Zentr.): Unser Duellantrag ist auf der Theorie der gerechten Vergeltung aufgebaut. Von einer Verschärfung der Beleidigungsstrafen erwarten wir keine Wirkung für die Verminderung der Duelle. In Italien kommen, trotz der schweren Beleidigungsstrafen, sehr viel Duelle vor, in England, wo die Strafen für Beleidigung sehr niedrig sind, kommen Duelle fast gar nicht vor. Bei den schwersten Duellen handelt es sich gar nicht um Beleidigung. Unrichtig ist, daß unser Antrag in allen Fällen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für Duellanten vorsieht. Wir fordern einfach Bestrafung aller Privilegien für das Duell vor. Wenn Duell handelt es sich nicht nur um Tötung, sondern um eine mit vorsätzlicher Ueberlegung ausgeführte Tötung; wir wollen keine Scheidung zwischen Tötung in kommentmäßiger und Tötung in nicht kommentmäßiger Weise, wie das Gesetz heute macht. Hier ist nicht von Standesehre die Rede, sondern von Standesvorurteilen. Wir wollen das Duell als das anerkannt wissen, was es ist, als Verbrechen gegen das Leben. (Bravo! im Zentr.)

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (freis. Volksp.): Zunächst muß ich nach den gewordenen Mitteilungen konstatieren, daß Herr Kalkmann bei der Rede nach dem Duell durchaus einwandfreies vorgetragen hat. Ich wundere mich, daß die gegenteilige Meinung in der Presse nicht dementiert wurde. Die Erklärungen des Staatssekretärs haben mich in diesem Jahre besonders wenig befriedigt. Das Reichsjustizamt ist doch nicht bloß eine Reichsgesetzfabrikationsanstalt. Herr Nieberding hätte sich in der von mir angeregten Serenissimusfrage ganz anders verhalten müssen; auch die Behandlung der Angeklagten im Zeitungsverfahrungsprozeß hätte ihn zum Eingreifen veranlassen müssen. Herr Exner, der Hunderte von Artikeln auf dem Gewissen hat, sei in ganz besonders skandalöser Weise behandelt worden. Das steht im schreienden Widerspruch zu der Behandlung politischer Gefangener.

Herr Dr. Certel hat gestern eine große Rede für die Prügelstrafe gehalten. Ich kann mich mit dieser Rede jetzt beschäftigen, da Herr Certel sofort den Saal betreten hat. (Widerspruch des Abg. Certel.) Entschuldigen Sie, Herr Certel, oder Sie haben heute ausnahmsweise eine schwarze Weste an, so daß ich Sie übersah. (Große Heiterkeit. Abg. Certel knöpft seinen Rock auf und zeigt seine weiße Weste; minutenlange stürmische Heiterkeit.) — Die gestrige Rede glich den früheren Reden des Herrn Certel über die Prügelstrafe wie ein Ei dem andern, dieselben Ausdrücke, dieselben Zitate (Heiterkeit), sogar dieselben Witze (erneute Heiterkeit). — Vorgestern ist uns Herr Certel als gladiator moriturus (geweihter Kämpfer) im Zirkus Busch aufgetreten, ein Gladiator in weißer Weste. (Große Heiterkeit. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Die Verhandlungen im Zirkus Busch gehören nicht zum Reichsjustizetat. (Sehr richtig! rechts. Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (fortfahrend): In der Prügeldebatte ist Herr Certel dann als Zitatenjongleur aufgetreten. (Unruhe rechts, große Heiterkeit links.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Herr Abgeordneter, es widerspricht der Würde des Hauses, einen Kollegen als Jongleur zu bezeichnen. (Große Heiterkeit.) Ich bitte Sie, sich in Ihren Ausdrücken zu mäßigen, sonst würde ich gezwungen sein, strengere Maßregeln gegen Sie anzuwenden. (Beifall rechts.)

Abg. **Müller**-Meiningen (fortfahrend): Es lag mir natürlich fern, dem Kollegen Certel irgendwie zu nahe zu treten. Herr Certel hat dann mir Zitaten beweisen wollen, daß Grillparzer und Tolstoi, sogar Professor Vogt Anhänger der Prügelstrafe seien. Das ist ihm aber total mißglückt. In seinem offenen Brief an den Zaren und seine Leute spricht sich Tolstoi folgendermaßen über die Prügelstrafe aus: „Man muß vor allem anderen die sinnlose und ganz überflüssige Prügelstrafe abschaffen." So spricht Tolstoi über die Prügelstrafe. (Lebhafter Beifall links.) Für Redakteure will Herr Certel die Prügelstrafe nicht einführen, er sagte, er habe nicht die geringste Angst, daß er einmal davon betroffen würde. Das glaube ich ihm gern. Er ist viel zu kaltblütig, als daß er einen Fürsten oder einen Reichskanzler beleidigt. (Heiterkeit links.)

Dem sächsischen Bundesratsbevollmächtigten gegenüber halte ich meine Behauptung aufrecht, daß die Werke eines Schriftstellers als Ganzes behandelt werden müßen. Tolstoi ist ein Vorkämpfer gegen allen mittelalterlichen Aberglauben, er ist ein Kriegsgeist und deshalb haben wir keine Ursache, seine Werke zu verbieten. — Zum Schluß möchte ich den Staatssekretär bitten, nicht allzu langsam bei der Reform des Strafgesetzbuches vorzugehen. Er konnte sich sonst nicht nur die ganze Hand dabei verbrennen, sondern auch sein Amt verlieren. (Bravo! links. Unruhe rechts. Staatssekretär v. Nieberding verbrennt sich nach dem Redner hin.)

## Aus Kunst, Wissenschaft und Leben.

**Königl. Opernhaus.** Das diesjährige Aschermittwochkonzert begann mit Robert Schumanns vierter Symphonie in D-moll, die durch die sonst musikalische Novelle unter Leitung des Herrn v. Schuch eine besonders neuen Schliff hat sich zu einer wirkungsvollen Wiedergabe erfreut. In musikalischer Hinsicht ist diese Symphonie deshalb besonders interessant, weil ihre Themen nicht alle hier erfunden, sondern mit Ausnahme der beiden ersten immer aus der vorhergehenden musikalischen Arbeit abgeleitet sind. Das verleiht dem Werke eine große Einheitlichkeit, die auch noch durch den Umstand, daß die einzelnen Teile unmittelbar an einander anschließen, eine weitere Förderung erhält. Zu bedauern bleibt aber, daß im letzten Teile Schumann nicht auf der Höhe der ersten erblicken ist, die Verarbeitung des an sich nicht bedeutenden Themas wenn doch eine zu große Breitspurigkeit auf. Die weiteren Orchesternummern waren einzelne Stücke aus Herzog Wildfang von Siegfried Wagner. Der Komponist, der hierbei selbst dirigierte, wurde von freundlich herzlichem Beifall bei seinem Erscheinen begrüßt und konnte auch nach Beendigung der einzelnen Sätze den Beifall der Zuhörerschaft entgegennehmen. Zur Aufführung gelangten die Ouvertüre, ein ernster Satz der Pariser aus dem zweiten Akt („Von Reinhardts immer Liebe und der Partner in Prosima des dritten Aktes). Der Ouvertüre hatte der Komponist ein erläuterndes Programm beigegeben. Daß das Stück hierdurch musikalisch besser wird, kann man kaum behaupten. Es war ich, dieses aus Herzog Wildfang hochschätze, nur die Ouvertüre, die bekanntlich doch nur instrumentale Dabeistehlerei, habe ich mich weder mit noch ohne Programm erwärmen können. Siegfried Wagner teilt das Ganze in 3 Abteilungen: I. Einleitung, Thema des Königsmarsch von Herzog Wildfang; II. der junge Herzog tritt darüber hinweg; III. Wiederkehrung im bedrückten Volk, der sich der Zuversicht bemächtigt; IV. Jubel und Volksbeschluß ihrem jungen Herzog entgegen; V. das Königsmarsch wieder sich Geltung verschafft. Die Erläuterung ist natürlich eingehender, als hier, wo nur [illegible] Zusammenhang angeben werden können. Das dem Programm [illegible] der musikalische Inhalt des Herzogs Wildfang, der in der Tat [illegible] eine Unterlage Beweis [illegible] erzählt [illegible] eine ganz andere [illegible] Stück, als die Ouvertüre, ist die [illegible] von Reinhardts immer Liebe. Aber ist dem Tonsetzer ein [illegible] Stimmungsbild gelungen. Die Wirkung ist bei jenem [illegible] Mitteilung nach außen [illegible] in Konzertausführung, wenn man an [illegible] der Eindruck kein geringer und jedenfalls der größte der aufgeführten drei Stücke. Die Wiedergabe der Gesangsnummer durch Herrn Perron war tadellos. Herr Siegfried Wagner dirigierte außer seiner eigenen Schöpfung noch die Holländer-Ouvertüre seines Vaters. Diese Leistung schien mir die künstlerisch bedeutsamste zu sein. Möge sie auch nachhaltige Wirkung erzielen, auf daß bei Wiedergabe der älteren Wagnerschen Werke endlich einmal das sich nur auf Routine und Herkommen stützende Taktschlagen aufhören möge und der wirkliche Dirigent an seine Stelle trete. Ich kann mich nicht mit allen Tempomodifikationen Siegfried Wagners einverstanden erklären, insbesondere vermisse ich in dem viel zu wuchtigen Schlußtone die aufjubelnde, jauchzende Begeisterung Senntas „durch mich sollst du das Heil erreichen", aber das sind persönliche Ansichten, jedenfalls ist nicht zu verkennen, daß die Aufführung der Holländer-Ouvertüre unter Siegfried Wagner eine von Anfang bis Schluß folgerichtig durchdachte Leistung war und daß sie den eigenen geistigen Stempel des interpretierenden Dirigenten trug. Bedauert habe ich, daß Siegfried Wagner es bei dem Werke seines Vaters für nötig hielt, äußerliche Dirigentenmanieren zur Schau zu tragen, z. B. markante Noten mit der linken Hand heraus zuheben usw. Er hätte das nicht nötig gehabt.

Die belebende Mitwirkung des Herrn Geiger Thomson, der auch man zu gedenken ist, war vielleicht der größte Genuß des Konzertes. Herr Thomson ist ein Virtuosenspieler von außerordentlichen Qualitäten. Bewundert ist seine fabelhafte Technik, nicht minder gut aber ist auch seine Vortragsführung. Der außerordentliche Beifall, den sein Spiel entfesselte, einmal sogar mitten im Stücke, war nur die gerechte Anerkennung für geradezu hervorragende Leistungen. a.

**Die Gesundbeter unter sich.** Ueber die „christliche Wissenschaft" teilt die Vos. Ztg. einige interessante Einzelheiten mit, die einen tiefen Einblick in den auf Einfalt der Dummen berechneten Geschäftsbetrieb eröffnen. Sie unterscheiden zunächst verschiedene Richtungen und sagt: Da ist zuerst die Gruppe der Gesundbeter ohne Demokratie, die ihren Hauptsitz in Potsdam hat. Die ersten Mitteilungen über das Leben der Gesundbeters kamen aus Potsdam. Das Gesundbeten ist aber kein heimisches Gewächs unserer Kulturverhältnisse. Es ist dorthin aus Schwaben und der Schweiz verpflanzt, wo Geistliche und eine adlige Dame die Zuberschaft zu der Gesundbeterei haben. Fräulein v. Zedendorf hat in Marmbad eine „Gebet-Heilanstalt", ein „Lustvolles Sanatorium" eingerichtet. Dann sind die von Fräulein Zahn zu vermerken, die das Gesundbeten erweitert als „Heilgewerbe" betreiben. Fräulein Zahn ist nur ein Typus der Gruppe. Es giebt noch sonst Gesundbeter und Gesundbeterinnen in beträchtlicher Zahl. Die Potsdamer Gruppe und die Gruppe vom Schönschen Typus bilden den „nationalen" Zweig der Gesundbeter Armee. Der fremdländische wird durch Mrs. Seal, eine smarte Amerikanerin, vertreten, die bekanntlich ihre Wirksamkeit in Dresden begann und mit der Gruppe Schön das gemein hat, daß sie nicht nur um Gottes Lohn ihre Kunst ausübt.

Die Rücksicht auf den Erwerb hat zu einer Fehde zwischen den Nationalen und den Ausländern geführt. Keine von den beiden Gruppen will sich von der andern das Feld abgewinnen lassen. Allen Ernstes betragten Vertreter der nationalen Gesundbetergruppe jüngst einen angesehenen hiesigen Sachwalter um seinen Rat, was sie zu tun hätten, um sich die sie schwer schädigende ausländische Konkurrenz vom Halse zu schaffen. Bertuh jagen sie von dannen, als sie beschieden wurden, der Grundsatz des Schutzes der nationalen Arbeit sei auf die Gesundbeterei nicht anwendbar. Mrs. Seal wendet den Angriff mit einer anderen Taktik ab. Sie hält den deutschen Gesundbetern entgegen: „Ich habe gar nichts die rechte Wissenschaft; was ich tue, hat mit Eurem Gesundbeten nichts gemein; die „Christian Science" ist etwas ganz anderes, wie Euer Gesundbeten. Unsere Aufgabe ist: Wissenschaft mit Christentum, Christentum mit Wissenschaft zu durchdringen." Mrs. Seal bezeichnet auch die Christian Science als „wahre mosaische, von Christus geläuterte Lehre." Diese Bezeichnung der Christian Science zur jüdischen Lehre hat nach Mrs. Seal u. a. dazu ihre Anerkennung gefunden, daß in einigen Städten Amerikas, ehe die Christian Science ihre eigenen Bethäuser hatte, die Zusammenkünfte der Anhänger in den jüdischen Synagogen abgehalten werden durften, z. B. in St. Louis.

Sie verstehen sich aufs Geschäft, die edlen Damen Schön und Seal. Die Konkurrenz von Unterschieden zwischen den beiden Lehren ist natürlich eitel Spiegelfechterei. Jede Partei sucht möglichst das ganze einträgliche Geschäft an sich zu reißen, und zu dem Zweck ist natürlich nichts geeigneter, als die Mühe und die Lehre der Konkurrenten zu diskreditieren. Außerdem lenken zu Streitereien über die äußere Form der Lehre die Aufmerksamkeit von der Hauptsache ab, denen nämlich, daß das Ganze nur frommes Mäntelchen bekleideter Schwindel ist, berechnet auf den Einfang der Dummen.

Neuerdings wird gemeldet, daß der Gesundbeterschwindel auch in Hannover floriert. Dort betreibt das Geschäft eine Frau Dr. med. Gunther Paterson, die schon längst in Hannover ansässig ist. Nach einer Berliner Zuschrift der Königsb. Hart. Ztg. ist der Umfang des Gesundbetens vom Hofe König Eduards nach der Reichshauptstadt in Hannover verschleppt worden. „Deren Klientel gehört sämtlich zu den Berliner und Potsdamer Hofkreisen in intimer freundlicher Beziehung stehen." Nach demselben Blatt hat sich auch in Königsberg eine


SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020213/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Abg. **Heine** (Soz.): Herr Oertel hat mir Unverfrorenheit vorgeworfen, weil ich sagte, erst schaffe die Junker ab, eher wird das Duell nicht beseitigt werden. Ich habe keine Lust, mir einen Ordnungsruf zuzuziehen, sondern ich überlasse das Urteilen des Herrn Oertel dem Urteil des Hauses, namentlich auch seine vernichtenden Reden für die Prügelstrafe, wobei er sich ja in einem vernichtenden Gegensatz zu allen Junkern gestellt hat. Nun, es giebt auch bürgerliche Junker (Sehr richtig! b. d. Soz.) und die Hauptsache ist, daß das Duell aus den Standes- und Ehrbegriffen der Junker verschwindet. (Der Sprecher des Staatssekretärs wegen Beleidigung gegen die Verteidiger des Duells in den einzelnen Staaten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Redensarten, wie sie Herr v. Treitschke vorbringt, nützen nichts gegen das Duell, underseits verleiht aber auch der Antrag Gröber keinen Zweck. Er macht mir nur den Eindruck einer radikalen Dekoration. Der Kampf gegen die Anmaßung der privilegierten Klassen muß auf allen Gebieten geführt werden. Eine Versicherung der Strafen wegen Beleidigung wird nur gefordert, um ein Ausnahmegesetz gegen die politische Opposition zu schaffen. Solche Leute wie der Offizier, der den Leutnant Blaskowitz erschossen hat, werden nicht an Beleidigungsklagen, Es herrscht sehr gegenüber von Beleidigungen eine ganz unangebrachte Nervosität. Wer seiner selbst sicher ist und seine Ehre zu wahren weiß, der acht nicht gleich mit Mord; das tun die Leute, bei denen nicht alles stimmt. Ueberall sitzen jetzt die Staatsanwälte und lesen die oppositionellen Blätter, ob sich ein Redakteur in der Schimpfe verfangen hat. Und wenn der Bauernfänger nicht die geringste Absicht hat, Strafantrag zu stellen, so kommt der Staatsanwalt zu ihm und sagt ihm: „Du' uns doch den großen Gefallen und stelle Strafantrag.“ Auf diese Weise kommen bei uns die vielen Beleidigungsklagen gegen die oppositionelle Presse zu stande. (Sehr richtig! links.) Man verweist nun auf die Landtage. Abgesehen davon, daß wir ja dort gar nicht hinkommen, würde uns dort auch mit gutem Recht gesagt werden, daß Sachen, die das Reich angehen, nicht vor den Landtag gehören. Dieses Abwälzen der Verantwortung aus andere Instanzen ist aber charakteristisch für das ganze bureaukratische System. So hat das Reichsgericht seine Kompetenz erheblich beschränkt durch eine ganz willkürliche Definition des Begriffs der tatsächlichen Feststellungen durch die unteren Instanzen. Der zweite Grund, daß die Gesetzgebung nicht richtig vorwärts kommt, ist das Streben der Bureaukratie, ihre eigene Macht zu stärken, sie möchte am liebsten auf dem Verwaltungswege die schlimmsten Mißstände beseitigen, wenn man sich nur sonst nicht um sie kümmerte. Wir müssen aber verlangen, daß das Gesetzgebungsrecht des Reichstags gewahrt wird, wir wollen auch nicht abhängig sein von der Gnade und Liebenswürdigkeit des Herrn Staatssekretärs, sondern verlangen unser Recht, die Gesetze zu verbessern, gewahrt. (Bravo! b. d. Soz.)

Präsident Graf **v. Ballestrem**: Der Abg. Heine hat sich darüber beklagt, daß gestern der Abg. Oertel ihm gegenüber den Ausdruck „unverfroren“ gebraucht hat. Ich habe den Ausdruck nicht gehört. Ist er gefallen, so nehme ich nicht an, ihn als ganz unzulässig zu erklären.

Abg. **Raab** (Antis.): Bisher haben nur Juristen gesprochen, ich will ihre Kreise aber nicht sehr stören und kurz sprechen. Das Duell kann mich nicht sehr aufregen. Wichtiger sind mir die kaufmännischen Schiedsgerichte für Handlungsgehilfen. (Der Präsident bedeutet den Redner, daß die Materie zum Reichsamt des Innern gehört.) Ich will nur wissen, ob wirklich eine derartige Vorlage beim Reichsamt in Ausarbeitung begriffen ist.

Das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs entspricht nicht unseren Wünschen. Alle Handlungen, die einem anderen Schaden zufügen, müssen als solche betrachtet werden, bei denen Schadenersatz geltend gemacht werden kann. Redner verlangt eine Vorlage zum Schutze der Bauhandwerker. Bei der Strafvollzugsregelung möge die die Handwerker schädigende Judithaussarbeit abgeschafft werden.

Staatssekretär **Nieberding** bestätigt, daß eine Vorlage über die kaufmännischen Schiedsgerichte in der Ausarbeitung begriffen sei.

Abg. **Pens** (Soz.): Die Duelle werden erst mit dem Junkertum verschwinden. Wenn die Gerichtsstatistik des Herrn Oertel wirklich den Ehebruch so scharf verurteilte, dann wäre doch Falkenhagen kein Ehrenmann und Isolagebiet auch nicht satisfaktionsfähig gewesen. Freilich, der Begriff der Satisfaktionsfähigkeit hängt nicht mit der Person zusammen, sondern mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse, diese bevorrechtigte Klasse muß also beseitigt werden.

Die Frage der Pressejustiz darf nicht von dem Gefühl aus beurteilt werden; wenn das geschieht, so kommen Entgleisungen vor, wie sie sich auch in der sozialdemokratischen Presse manchmal gefunden haben. Man muß vielmehr an das Gesetz von Ursache und Wirkung denken, um einzusehen, daß Prügelstrafen gegen Kabelsvergehen nichts nützen. Alles Bestrafen heißt alles Verzeihen, bessere Erziehung und materielle Besserstellung des Volkes sind allein geeignet, die Kabelsverbrechen zu vermindern.

Ich habe nun noch eine besondere Sache hier vorzutragen. Ich habe Klage zu führen gegen die anhaltische Landesregierung. Der § 73 der Strafprozeßordnung ist von ihr in dem von mir bei der Debatte über die Krankenkassen vorgebrachten Fall ganz merkwürdig ausgelegt. Die Regierung hat auf Grund dieses Paragraphen nicht zugelassen, daß der Staatsbeamte, der seiner Zeit den Brief über Dr. Hagemann geschrieben hat, als Zeuge vernommen wird. Der § 73 verbietet aber die Zeugenvernehmung nur dann, wenn das Wohl des Staates durch die Vernehmung gefährdet wird. Wie kann in diesem Falle von einer Gefährdung des Staatswohls die Rede sein. Der Herr Staatssekretär sollte sich mit diesem Fall beschäftigen, in dem ganz zweifellos ein Mißbrauch dieses § 73 vorliegt. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Mirsch** (Zentr.) tritt für den Schutz der Bauhandwerker ein. Den Herrn Staatssekretär möchte ich fragen, ob er sich verpflichten kann, einen Entwurf der Regierung gegen das Duell vorzubringen, wenn unser Antrag Annahme findet.

Staatssekretär **Nieberding**: Wird die Resolution angenommen, so wird sich die Regierung mit der Duellfrage beschäftigen.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel 1 wird **bewilligt**, ebenso **der Rest des Etats** ohne weitere Debatte.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (2. Beratung des Entwurfs betr. die Kontrolle des Reichshaushalts, Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.)

# Sächsischer Landtag.

## II. Kammer.

12. Sitzung. **Mittwoch den 12. Februar, vorm. 10 Uhr.**

Die Tribünen sind wieder ziemlich zahlreich von einem Publikum belegt, das sicher nicht von der gleichgültigen Tagesordnung hergelockt war. Man wollte vielmehr sehen, wie sich die wieder zur „Vernunft“ gebrachten Minister anstellten. Es lief sich aber wiederum keiner der Herren sehen, obwohl sich ein mehrmaliges Einwarten der Regierungsvertreter in die Verhandlungen notwendig machte. Man überließ diese einfach Räten und Ministerialdirektoren. Das Fernbleiben der Minister zeugt jedenfalls davon, daß ihre Bestimmung noch anhält.

Aus der Tagesordnung stehen **Petitionen**.

Die sächsischen Hausbesitzervereine in Chemnitz petitionieren zum wiederholten Mal um eine andere, den Städten günstigere Klassifikation der Beitragsleistung für Explosionsgefahr an die Landes-Immobiliarbrandversicherungsanstalt und einer Einführung der Rückversicherung des Versicherungsbestandes dieser Anstalt.

Eine dahingehende Petition ist der Regierung bereits einmal zur Kenntnisnahme überwiesen worden. Bei der Verhandlung über die zweite Eingabe hat die Regierung erklärt, eine andere Klassifikation sei zur Zeit nicht angängig. Vorschläge der Regierung, die den Petenten insoweit entgegenkämen, als sie eine Einteilung des Landes in drei Gruppen bezweckte, sei von der Brandversicherungskammer nicht angenommen worden. — Die Rückversicherung sei ebenfalls nicht angängig und zum Teil undurchführbar. So hätten Rückversicherungsgesellschaften, mit denen man in Verbindung getreten sei, die Uebernahme der freiwilligen Abteilung der Landesanstalt abgelehnt. — Daher könne zur Zeit nichts weiter im Sinne der Wünsche der Petenten geschehen, als eine Herabsetzung des Prozentsatzes an Beiträgen zu den örtlichen Feuerlöschanstalten von 8 auf 12 Prozent herbeigeführt werden. Nach Annahme dieses Vorschlags würden sich die für die Stadt **Dresden** zu leistenden Beiträge z. B. von 72 770 M. auf 79 127 M. erhöhen und die Beiträge an die Stadt **Leipzig** würden eine Steigerung von 67 000 M. auf 94 513 M. erfahren. Ferner sollen die **besonderen** Beiträge für die Explosionsversicherung in Wegfall kommen. — Vorläufig in die Erhöhung der Beiträge für Löschgeräte nur bezüglich der drei großen Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz von der Brandversicherungskammer erörtert worden; es sollen jedoch auch Gesuche anderer Städte berücksichtigt und geprüft werden.

Die Petentin hat sich mit den Vorschlägen der Regierung einverstanden erklärt und schlägt vor, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

**Braun** (Freiberg (natl.) tritt für eine Berücksichtigung der mittleren Städte bei der Zuschüsse zu den Feuerlöscheinrichtungen ein.

Ministerialdirektor **Merz** sichert eine Erwägung der Anregung durch die Regierung zu.

Abg. **Enke** tritt energisch dafür ein, daß man die Wünsche der Petenten mehr berücksichtige wie die Deputation, und die Notwendigkeit einer anderen Klassifikation in der Beitragsleistung zur Landesbrandversicherung dadurch zum Ausdruck bringe, daß man die Petition der Regierung nicht nur zur Kenntnisnahme, sondern zur Berücksichtigung überweise. — Der Redner stellt einen dahingehenden Antrag, der aber keine Unterstützung findet.

Abg. **Gontard** tritt ebenfalls für eine Beitragsleistung nach der Größe des Risikos ein.

Abg. **Horst**: Eine neue Klassifikation werde wieder einen Teil nicht befriedigen. Wenn im Sinne des Abg. Enke verfahren würde, würde das Land gegen die Stadt benachteiligt. Das Risiko sei bezüglich der Städte doch auch sehr verschieden, die Vertreter der Städte möchten ihre Wünsche etwas zurückstellen.

Abg. **Müller** (Berichterstatter) empfiehlt der Kammer, so lange bei dem jetzigen System der Beitragsleistung zu bleiben, wie man die Verschiedenartigkeit des Risikos noch nicht festgestellt habe.

Die Kammer beschließt darauf, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Die Petition des Handelsgärtners Gohlig in Radebeul, die teilweise Enteignung seines Grundstücks betreffend, läßt die Kammer ohne Debatte auf sich beruhen; die des Herrn Otto Hoet in Chemnitz um Gewährung einer Unterstützung wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Der Privat-Taubstummenlehrer Lorenz in Zittau ersucht um Gewährung einer Pension von 2000 M. jährlich. Die Deputation beantragt, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Abg. **Rollfuß** (Zittau) hält zwar den Beschluß der Deputation für unanfechtbar, er wolle der Regierung aber anheimgeben, den Mann, der sich in bedrängter Lage befinde, als Hilfskraft in einer staatlichen Taubstummen-Anstalt zu beschäftigen. Er glaube besonders deshalb einen Anspruch auf staatliche Unterstützung zu haben, weil ihm durch eine Verletzung die Leistungsfähigkeit entzogen worden sei.

Die Kammer beschließt dem Antrage Deputation gemäß.

Eine lange Erörterung verursachte die Petition des Kalkwerksbesitzers Eduard Bohnke in Hammer-Unterwiesenthal und Genossen gegen die **Verwendung böhmischen Kalkes bei Staatsbauten**. Die Petenten, alle Kalkwerksbesitzer, beschweren sich, daß man zu Staatsbauten den Kalk aus Böhmen beziehe, obwohl dieser nicht geeigneter sei wie der in Sachsen hergestellte. Sie ersuchen deshalb, bei Staatsbauten sächsischen Kalk zu verwenden.

Nach den Ausführungen des Berichterstatters Abg. **Uhlig** hat die Deputation die Ausführungen der Petenten für sehr beachtlich angesehen.

Abg. **Andrä** beklagt sich, daß bei Staatsbauten sächsische Produkte zu wenig Verwendung finden und daß der Kaufunger Kalk nicht zu Staatsbauten benützt, sondern höhnischer vorgezogen werde.

Baurat **Poppe** erwidert: Nach Möglichkeit würde sächsischer Kalk bei Staatsbauten verwendet; der Kaufunger könne erst dann berücksichtigt werden, wenn eine chemische Analyse über seine Beschaffenheit vorliege.

Baurat **Waldow** äußert sich in demselben Sinne.

Abg. **Enke**: Es sei eigentlich selbstverständlich, daß bei Staatsbauten sächsische Produkte zu verwenden seien. Die Regierungen hätten auch dahingehende Zusagen bereits mehrfach erteilt, er müsse aber bezweifeln, ob den Zusagen gemäß gehandelt werde. Ihm sei ein Fall bekannt, daß Herren von einem Landbauamt zu Lieferanten, die unter strenge Berücksichtigung sächsischer Produkte bei der Regierung geboten hatten, gesagt haben: Was wollen Sie denn bei der Regierung, wir machen mit, wie wir wollen.

Baurat **Waldow** erklärt, den Fall nur untersuchen zu können, wenn Namen genannt würden.

Abg. **Päwitz**-Dobernschütz tritt für die Wünsche der Petenten ein.

Abg. **Topfer**: An den von dem Abg. Enke geschilderten Verhältnissen könne man sehen, wie einzelne Beamte bemüht seien, die sächsischen Lieferanten kalt zu stellen. Bei der Besichtigung der Irrenanstalt in Großschweidnitz habe man ebenfalls gesehen, daß böhmische und schlesische Ziegel verwendet worden seien.

Abg. **Grumbt**: Man dürfe mit der Forderung, sächsische Produkte bei Staatsbauten zu verwenden, nicht zu weit gehen. Wir liefern auch an andere Länder und die sächsische Industrie würde sich nicht gut stehen, wenn alle Staaten nach Grundsätzen verfahren wollten, wie sie hier zum Ausdruck gekommen sind. (Vereinzelte Bravos.)

An den weiteren Auseinandersetzungen beteiligen sich die Abgg. Kellner und Enke und der Berichterstatter der Deputation.

Die Kammer beschließt schließlich, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

# Sächsische Angelegenheiten.

**Die Verschiebung im Finanzministerium.** Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, daß der am Faschings-Dienstag vollzogene Personenwechsel in den Ministerien nicht von großer Bedeutung ist. Der neue Finanzminister Dr. **Rüger** ist uns bereits bekannt, und wir haben den Herrn bereits gewürdigt, als er im Juni v. J. sein Amt antrat. Seine bisherigen Thaten sind freilich auf juristischem Gebiete zu suchen. Hier aber hat er sich zeigt, von welchen Anschauungen er beseelt ist. Viele seiner Aeußerungen im Reichstage stehen auf dem dunklen Blatte sächsischer Geschichte. Es sei nur darauf hingewiesen, daß er neben anderen Thaten der sächsischen Justiz und Polizei die Festnahme des Genossen Schulze verteidigte, und es für gerechtfertigt fand, wenn Preßsünder in Gefängnissen genau so behandelt werden wie Spitzbuben. Er hatte auch die Kühnheit, das Lobtauer Urteil zu verteidigen, und was ihm rührt auch die Aeußerung her, der Einfluß der sozialdemokratischen Kritik reiche nicht so weit, daß sich den Opfern des Lobtauer Urteils die Thüren des Zuchthauses auch nur eine Viertelstunde eher öffnen würden. Der Herr wird also jedenfalls mit den Herren v. Metzsch und v. Seydewitz vortrefflich übereinstimmen. Was er als Finanzminister zu leisten vermag, muß erst die Zukunft lehren, bisher war er in Finanzsachen noch nicht thätig. Es hat daher allgemeine Verwunderung erregt, daß man gerade diesen Herrn zur Leitung der Finanzen berufen hat. Einige liberale Blätter erblicken darin ein Provisorium, das den Zweck hat, der Regierung eine größere Beweglichkeit gegen die Treibereien der Konservativen auf rein politischem Gebiete zu sichern, andere wieder begrüßen die Ernennung Rügers, weil dadurch verhindert sei, daß einer der Herren vom Medinger Jagdklub ans Ruder gekommen sei.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten sind sehr erstaunt, aber wenig erbaut von der getroffenen Wahl und sie schreiben:

„Diese Lösung kommt ganz überraschend. Daß Herr Dr. Rüger der Nachfolger Herrn v. Watzdorfs werden würde, ist wohl niemand erwartet worden. Ob Herr Dr. Rüger die geeignete Persönlichkeit ist, um die verfahrenen sächsischen Finanzen in das rechte Geleise zu bringen, kann erst die Zukunft lehren, an sich ist es noch nicht selbstverständlich, daß ein Verwaltungsbeamter, und sei er noch so tüchtig, auch auf dem Gebiete des Finanzwesens heimisch und leistungsfähig ist. Bei der schwierigen Lage unserer Finanzen, und zumal, wo es jetzt galt, die Fehler des Systems Watzdorf wieder gut zu machen, ist uns eine tüchtige und durchgreifende Finanzkraft bitter not.“

Die Situation ist jedoch nichts weniger als geklärt. Das konsequente Fernbleiben der Minister von den Verhandlungen in der 2. Kammer zeigt mindestens an, daß die Bestimmung noch anhält. Die Herren erwarten allem Anscheine nach, daß die Finanz-

---

Zweigniederlassung der Gesundbrunnen gründet, an deren Spitze eine Dame aus den höchsten Adelskreisen steht. Die meist aus Damen bestehende Gruppe ist in lebhaftem Verkehr mit der Berliner Zentrale. Die Sitzungen finden zur selben Stunde wie in Berlin nach telegraphischer Verständigung statt.

**Von der russischen Mammuth-Expedition.** Der Kurator des Petersburger Zoologischen Museums, Otto Herz, ist bekanntlich beauftragt worden, den von einem Jakuten unter 67. 32 Grad nördl. Breite in Sibirien gefundenen Mammuthkadaver zu bergen. Er ist am 11. November in Fredni Kolymsk wieder eingetroffen, und es ist ihm gelungen, die noch erhaltenen Teile des Tierleichnams in gefrorenem Zustande dahin zu bringen. Sie sollen nun nach Petersburg geschafft werden.

Dieser Fund ist für die Paläontologie so wichtig, daß es sich rechtfertigen wird, das Wesentliche eines Berichtes, den Herr Herz über die Ausgrabungsarbeiten an der St. Petersb. Ztg. veröffentlicht, mitzuteilen.

Der Weg in der Landkarte führte von Fredni Kolymsk die Kolymka 150 Werst aufwärts bis zur Jasnaja (Sommerhütte der Fischer) Mysowaja. Vom rechten Kolymka-Ufer aus, so berichtet Herz am 11. Oktober, gegen wir in drei Tagen an südlicher Richtung durch die unwegsamste Lärche (Wald) 90 Werst bis zu dem rechten Nebenflusse der Berezowka, dem Sinder, von wo aus es dann noch 10 Werst südöstlich bis an den Mammuthplatz ging, den wir am 22. September morgens erreichten. Die Mitteilungen, die mir Jamlowski über die Erhaltung des Mammuthkadavers gemacht hatte, waren recht herrlich. Ich glaubte anfangs, es würde wieder einmal eine verunglückte Mammuth-Expedition herauskommen. Ganz so schlimm ist es nun aber nicht, da wir hochinteressante Fakta mitbringen.

Im vorigen Sommer und Winter, bis Anfang des Sommers dieses Jahres, hatte im ganzen Kolymsker Kreise, bis hinauf ins Tschuktschenland und an die Küste des Eismeeres eine furchtbare Epidemie geherrscht und Dysenterie, die ungefähr ⅓ der Bevölkerung dahingerafft hat. Auch Jamlowski war von dieser eigentlichen Kinderkrankheit befallen worden und hatte 50 Tage fest im Bett gelegen, so daß er seinen ursprünglichen Plan, im Frühjahr an die Berezowka zu gehen und den Mammuth-Kadaver sofort mit Erde und Steinen zuzudecken, nicht hatte ausführen können. Dadurch aber, daß nun den ganzen Sommer hindurch der Mammuth-Kadaver frei gelegen hatte, war für Bären, Wölfe und Füchse ein immer gedeckter Tisch mit zwar etwas alter, aber immer noch guter Fleischkost hergerichtet worden, wo sie jetzt von keinem Jäger gestört wurden, da hier im Sommer auf Hunderte von Werften weit keine Tungusen zu wandern pflegen. Diese wilden Bestien haben nun arg an dem Mammuth-Kadaver herumgezerrt, einen Teil der Kopfhaut und des Halses abgerissen, aber von den herausgerissenen Knochen, wie es den Anschein hat, sehr wenig verschleppt. Dann hat das von den Bergen herabströmende Frühjahrswasser auch dem Hintersteile des Kadavers einigen Schaden zugefügt, doch ist jedenfalls noch so viel vorhanden, daß wir viel Zentner zu beladen haben werden.

Nach meiner Ankunft hier hatte ich noch zwei warme Tage gehabt und trug während dieser einen großen Teil der den Mammuth-Kadaver bedeckenden Erdmassen, die von Jamlowski erst vor circa zehn Tagen draufgeworfen worden waren, wieder ab und grub dann das Mammuth heraus so viel frei, daß beinahe der ganze Körper sichtbar wurde. Von der Behaarung ist nicht viel mehr an den Vorderfüßen und drei Zehen vorhanden, und was noch in der Erde mit Haaren liegt, wird auch nicht zu retten sein. Das linke Vorderbein hingegen ist noch, so lange die Haarbekleidung noch mit Erde an der Haut festhält, großartig und gibt uns vollständigen Aufschluß darüber, daß das Mammuth eine solche Pelzbekleidung hatte, daß es das kälteste Klima vertragen konnte. Die dunkelrotbraune, ziemlich dichte Haarbekleidung dieses Beines gibt zum Mittelarm in bis 20 Zentimeter lang, während sie an der Innenseite des Vorderfußes unter der Fußsohle abstehend ist, aber dort noch viel dichter steht, ähnlich wie Tu es wahrscheinlich auch schon bei Pferden gesehen hast, die wunderbar eidentliche Büsche von Haaren am Fußgelenk haben. Unter diesem Stiefel und Vorstiefelhaaren sitzt ein richtiger Pelz von 5 bis 10 Zentimeter langem Wollhaar, das eine hellgelbe Färbung wie bei einem jungen Kamel zeigt. Durch solche Haarbekleidung ist sicher keine Kälte gedrungen.

Vom Rüssel ist gar nichts vorhanden; dagegen fand ich im Eise beim rechten Hinterbeine eine ganz dünne Schwanzspitze von circa 20 Zentimeter Länge, das ganze andere starke Stück habe ich noch nicht entdeckt. Diese Schwanzspitze ist auch ganz dicht mit sehr langem, verfilztem Haar umgeben, ähnlich wie bei einem Büffelschwanze, und wird großes Interesse erregen. Ich muß sie gefroren mitbringen, da ich sonst ein Zerfallen derselben befürchte. Von noch größerem Interesse aber ist die Entdeckung des Futters zwischen den Zähnen und auf der Zunge, ganz dasselbe wie das von wilden Tieren aus dem Magen noch unverdaute Futter, das in reichlicher Menge vorhanden ist. Auch dieses bringe ich unversehrt mit, da bei dem Futter, das zwischen den Zähnen gefunden wurde, noch die Lamellenabdrücke deutlich vorhanden sind. Dieser Fund beweist vor allen Dingen, daß die Mammuthe hier im Norden gelebt haben und nicht durch große Ueberschwemmungen hierher geführt worden sein können.

Die Lage des Kadavers weist darauf hin, daß das Mammuth hier an Ort und Stelle ein unfreiwilliges Ende gefunden hat. Es ist augenscheinlich beim Fressen in eine Eisspalte, die überwachsen gewesen sein muß, gestürzt oder vielmehr abgerutscht. Das beweisen die Stellungen der Vorderbeine, von denen das linke so gekrümmt ist, daß deutlich sichtbar ist, wie das schwere Tier aufwärts zu klettern versucht hat, während das rechte Vorderbein einen Stützpunkt fand, der aber wahrscheinlich zu glatt und zu steil war, den Hinterkörper hoch zu heben. Die Hinterbeine haben bei dem Versuchen so eine Lage erhalten, daß sie horizontal unter den Bauch zu liegen kamen, wodurch das Tier sich ganz unmöglich in der einen Lage wieder aufrichten konnte. Diese Eisspalte ist entweder schon mit feinkörnigen Sand- und Lehmmassen ausgefüllt gewesen oder sehr bald vollgefüllt worden und dann zum Teil gefroren, wodurch sich der Körper auch nur erhalten konnte.

Der Fundort befindet sich circa 35 Meter höher als der jetzige Wasserstand der Berezowka, auf einem mächtigen Abbruchgebiete von 1½ Werst Länge. Dieses Abbruchfeld fällt bei einer Neigung von 10 Grad zur Berezowka ab, ist ganz zerrissen und zerklüftet und rutscht allmählich zum Flusse hinunter, hauptsächlich im Frühjahr, wenn in den Bergen zahlreiche Wasserläufe das ganze sich senkende Erdreich durchnässen. Unter dem oberen Rande des Abbruchgebietes liegt unter einer schmalen Sommerschicht und einer 2 Meter und mehr dicken Erdkruste mächtige, vertikale Eisblöcke von 5—8 Meter Tiefe, die frei nach Osten liegen und der ganzen Sonnenwärme ausgesetzt sind, welche dann so viel Tauwasser liefern, daß das Eis unter der Erdmassen zum Flußufer hinab noch weiter schmilzt wird. Nach meiner Ansicht hat man hier einen in Auflösung begriffenen fossilen Gletscher vor sich und keine sogenannten Eislinsen, die sich bei der fortwährenden Sommerwärme wohl nicht so erhalten können.

Da jetzt hier der Winter schon seinen Anfang genommen hat, natürlich das Mammuth wieder gefroren. Ich muß auf alle Fälle in diesem Winter den Kadaver hier fortschaffen, da im nächsten Sommer eine Erhaltung desselben ganz unmöglich wird. Erstens wurde bei dem von den Bergen kommenden Frühjahrswasser das ganze Tier heruntergewaschen werden, und zweitens ist an eine Konservierung an Ort und Stelle gar nicht zu denken. Großartig wird bei dem Auftauen des Mammuths der Geruch werden, wovon ich schon die ersten Tage einen Vorgeschmack bekommen habe. Ueber ein

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020213/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kommission B ihren Bericht modifiziert, die Verfassungsverletzung fallen läßt. Anders sind die leeren Ministersitze im Landtage kaum zu erklären. Eine solche Forderung an die Finanzdeputation wäre auch nicht verständlich, denn die Thatsache, daß ein bisheriges Mitglied des Ministeriums mit der Leitung der Finanzen betraut worden ist, hat an, daß man in der Regierung unter der Zustimmung des Königs an der Erklärung vom Freitag festhält und die Verfassungsverletzung nicht anerkennt. Unter solchen Umständen ist aber ein nur halbwegs annehmbarer Ausgleich nur dann möglich, wenn die Finanzdeputation B in Wirklichkeit die konservative Fraktion nachgiebt. Kehren die Minister unter solchen Umständen zurück, ohne daß die Finanzdeputation Rotau gemacht hat, so wäre es der erste Gang nach dem Sitzungssaale der Zweiten Kammer das Anzeichen der völligen bedingungslosen Unterwerfung. Der Gang durch das kaudinische Joch. Wir wollen dahingestellt sein, ob die Regierung nicht doch noch vollständig kapituliert. Dann würden die Herren im Ministerium zu bemitleiden sein.

Bemerkenswert ist noch, daß das Präsidium Mehnert anscheinend darauf hinsteuert, die Minister zum Erscheinen in der Kammer zu veranlassen. Fast in jeder der letzten Sitzungen standen Kapitel aus dem Etat des Ministeriums des Innern und der Finanzen auf der Tagesordnung, die ein Eingreifen der beiden Minister beinahe notwendig machten. Die Herren überließen aber die Vertretung einigen Geheimräten, während sie sich selbst fernhielten.

Jedenfalls ist der Konflikt noch nicht endgültig beigelegt. Die Minister scheuen den Gang durch das kaudinische Joch und die Finanzdeputation hat noch nicht nachgegeben. Eins von beiden muß aber eintreten, ehe der Konflikt, sei es zum Nachteil des einen oder anderen Teils oder beider Parteien, als beigelegt betrachtet werden kann.

Ueber den neuen Mann, durch den das Ministerium noch zu ergänzen ist, verlautet noch nichts Bestimmtes. Neben dem Namen Dr. Borner tauchen jetzt auch noch eine Anzahl anderer Kandidaten auf. So nennt man den Oberstaatsanwalt Otto, Präsident Dr. Woch in Leipzig u. a. Es verlohnt sich kaum, die Namen der genannten Kandidaten zu notieren. Bei früheren Anlässen haben sich alle derartigen Meldungen als hinfällige Kombinationen erwiesen. Wer auch kommen mag, es wird jedenfalls ein Mann sein, der dafür Gewähr bietet, daß es im alten Geleise weiter geht.

Die konservative Presse versetzt dem gehenden Herrn v. Watzdorf noch einige Fußtritte. Auch macht sich das Bestreben stark fühlbar, dem Herrn die Verantwortung für die Finanzlage allein aufzubinden. Wir werden diese Manier gelegentlich einmal näher beleuchten. Wir haben keine Veranlassung, dem „gegangenen" Finanzminister eine Thräne nachzuweinen. Er hat bei dem Dreiklassenwahlrecht Geburtshilfe geleistet und geht jetzt als Opfer der Klique, die er durch die Volksentrechtung mit sich gezogen hat. Er hat sein Schicksal wohl verdient.

**Das Dreiklassenparlament** befand sich gestern so recht in seinem Elemente. Aus den Diskussionen sprach Kirchturmkleinkrämerei und Kirchturmspolitik. Nachdem man sich über untergeordnete Fragen zur Beitragsleistung zur Landesbrandversicherung ziemlich ausführlich unterhalten hatte, trat man in die Beratung über die Petitionen einer Anzahl Kalkwerksbesitzer ein, die sich darüber beschwerten, daß man zu sächsischen Staatsbauten auch böhmischen Kalk verwende. Wie öffneten sich da die Schleusen der Beredsamkeit in unserem Klassenparlament, um den kleinlichen Sonderinteressen den nötigen Ausdruck zu verleihen. Mit einem Ernste interpellierte man die Regierung, als hinge das Wohl Sachsens von der — Kalkfrage ab. Aber es war nicht nur der ausländische Kalk, der Pein verursachte, auch Ziegel und andere Baumaterialien hatten einige Herren bei der Besichtigung der Landes-Irrenanstalt in Großschweidnitz entdeckt, die nicht in Sachsen hergestellt waren. Mit großer Entrüstung stellte das der Abgeordnete Topfer fest, und fragte, wie man dazu komme, ausländische Ziegel zu verwenden. Unter dem Ausland aber verstand man nicht etwa nur Böhmen, auch Schlesien wurde darunter gerechnet und man entrüstete sich gar sehr darüber, daß man Ziegel und Kalk aus dieser ausländischen Provinz beziehe. Eine Anzahl Herren, die in solcher Weise vorgehen, sind schließlich in jedem Landtage denkbar, aber ein Parlament, das solche Diskussionen aber sich ergehen läßt, ohne daß die Worte der Redner im Gelächter ersticken, kann eben nur ein Dreiklassenparlament sein. Aus ihm können Agrarier, die ihr Heu und Stroh gern zu hohen Preisen an den Staat verkaufen wollen, und andere Interessenten einen solchen widerwärtigen kleinlichen Rummel inszenieren. Mag sein, daß nicht alle im Landtage diesem Treiben huldigt haben, aber nur einer fand sich, der darauf hinwies, daß Sachsen in eine schlimme Lage kommen würde, wenn andere Staaten nach Grundsätzen verfahren wollten, wie sie verkündet worden seien.

**Auerbach i. V.** Die Vierfunftel-Einschätzung der Beamten zu den Kommunalabgaben war Gegenstand der Beratung der letzten Stadtverordnetensitzung. Anlaß dazu gab eine Petition, die an den Landtag abgesandt werden soll, worin um Wegfall der Vierfunftel-Besteuerung der Beamten gebeten wird. Das Kollegium stellte sich nach der ausführlichen Begründung durch den Stadtverordneten Genossen Müller auf den Standpunkt, daß die veränderten Verhältnisse seit Bestehen des betreffenden Gesetzes schon allein eine Aenderung dieser Bestimmung nötig machen. — Ferner sei es ein Unrecht, daß derselbe Staat, der die Beamten zur Staatssteuer mit dem vollen Betrage heranzieht, dies den Gemeinden rundweg verbiete. Da ferner die Arbeiter ganz genau, und zwar auf Grund der Lohnlisten, eingeschätzt würden, so sei es Pflicht der Gemeinden, sich dagegen zu wenden. Einstimmig trat sodann das Kollegium der Petition bei.

---

**Reichenberg.** Die unanständigen Einwohner unserer Gemeinde haben schon seit längerer Zeit das Bestreben, die Zahl ihrer Vertreter im Gemeinderat zu erhöhen. Das zur Zeit bestehende Verhältnis ist ein derartig ungerechtes, daß das Verlangen auch ganz begreiflich erscheint. Unter 12 Gemeinderatsvertretern haben sie nämlich nur zwei! Ein vor kurzem im Gemeinderate von den Unanständigen gestellter dahingehender Antrag wurde mit geringer Majorität abgelehnt. Einer an Amts- und Kreishauptmannschaft eingereichten Eingabe wurde von diesen Behörden nicht entsprochen. Die Unanständigen wollten sich aber dabei nicht beruhigen; sie haben bei allen über 25 Jahre alten unanständigen Einwohnern eine Petition an den Gemeinderat zirkulieren lassen, die auch 131 Unterschriften erhielte. Die Zahl der Wähler in der Klasse der Unanständigen betrug bei der letzten Wahl nur 120. Der Gemeinderat wird hoffentlich nach diesem Resultat sich dem berechtigten Wunsche der Unanständigen nicht mehr verschließen und die Zahl der Vertreter der Unanständigen nunmehr dahingehend auf drei erhöhen.

**Radebeul.** Nach neueren Nachrichten hat die Eisbeutel- (nicht Rockfessel-) Explosion in der chemischen Fabrik nicht ganz die schweren Folgen gehabt, die uns berichtet wurden. Der Arbeiter Moritz Pflaum aus Serkowitz, um den es sich handelt, lebt noch und es ist Aussicht vorhanden, ihm am Leben zu erhalten. Allerdings wurde der Bauernsmerte Zeit seines Lebens ein Krüppel bleiben. Das rechte Auge ist verbrannt, das linke wird nach ärztlicher Aussage erhalten bleiben. Uebrigens ist nicht der linke, sondern der rechte Arm verletzt. Auch hat der Mann nicht vier, sondern drei Kinder, und seine Frau befindet sich nicht in geordneten Umständen.

**Kleinpschachwitz.** In einem in der gestrigen Nummer enthaltenen Versammlungsbericht ist ein Hinweis auf Vorgänge in der Gold'schen Brauerei enthalten. Um Irrtümern vorzubeugen, sei bemerkt, daß das Vergnügen schon vorigen Sonntag stattgefunden hat.

**Radeberg.** Mit welchem Eifer der hiesige Militärverein I die Arbeiterschaft zum Denken anregt, und, ohne es zu wollen, für den Konsumverein agitiert, geht aus folgendem hektographierten Schreiben, das eine Anzahl seiner Mitglieder erhielt, hervor:

Königlich sächsischer Militärverein I zu Radeberg.
Radeberg, den 3. Februar 1902.

Herrn . . . . . .

Der Vorstand des obengenannten Vereins hat in Erfahrung gebracht, daß Sie unter Nr. . . . Mitglied des unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Konsumvereins Vorwärts zu Dresden sind. Da dies nach § 22 Absatz 6 der zur Zeit geltenden Vereinssatzungen unzulässig ist, so werden Sie hierdurch zur persönlichen Vernehmung vor den Gesamtvorstand des königlich sächsischen Militärvereins I für Mittwoch den 5. Februar 1902, abends halb 9 Uhr nach Jammers Restaurant, Pirnaer Straße 4, part., rechts, geladen. — Nichterscheinen zu vorgenanntem Termin hat die sofortige Streichung Ihres Namens aus der Mitgliederliste des unterzeichneten Vereins zur Folge.

Radeberg, im Februar 1902.

Der Vorstand
des königlich sächsischen Militärvereins I
zu Radeberg.

Max Uhlig, Vorsitzender. Al. Pfetzmann, Schriftführer.

Ein § 22, Abs. 6, existiert im Statut dieses Vereins nicht; sollte dieser in letzter Hauptversammlung abgeändert und mit diesem Zusatz versehen worden sein, so fragt es sich, ob dabei das erforderliche Zweidrittel sämtlicher Mitglieder — nach § 19 — mitgewirkt hat. Den Empfängern obigen Schreibens ist von einer Abänderung nichts bekannt. Nach § 26, Abs. 5, kann ein Mitglied zum Austritt gezwungen werden, wenn es „sich sozialdemokratischen Bestrebungen hingiebt".

Der Vorstand des Militärvereins I kann unmöglich so kurzsichtig und unerfahren sein, um nicht zu wissen, daß die Zugehörigkeit zum Konsumverein noch lange nicht eine sozialdemokratische Gesinnung und Hingebung zu solchen Bestrebungen voraussetzt, genau so, wie er wissen müßte, daß die Leitung der Genossenschaft Parteipolitik im Rahmen der Genossenschaft nicht treiben kann und darf. Er — der Vorstand des Militärvereins — gerät aber hierdurch noch in den Verdacht, als ob er damit nur die Konkurrenz des Konsumvereins bekämpfen wolle, um so mehr, als ihm zwei Kaufleute als Mitglieder angehören.

Die ungerechteste aller Steuern, die Umsatzsteuer, hat ihnen die gewünschte Hilfe nicht gebracht, jetzt nimmt man den Kampf von dieser Seite gegen eine Wohlfahrtseinrichtung der Arbeiter auf. Wir danken diesen Herren für die im Interesse des Konsumvereins betriebene Agitation.

Die Wirkung ist eine vorzügliche. Die Arbeiter lernen dadurch aus besten einsehen, wohin sie gehören, wer ihre wahren Freunde sind. Sie lernen einsehen, daß man sie im Grunde genommen nur deshalb nicht im Militärverein dulden will, weil sie sich nicht bevormunden lassen wollen; weil sie aber ihre Frauen erkannt haben, daß der Konsumverein ihnen einen weit größeren Vorteil durch billigere Lebensmittelpreise, Teilnahme am Reingewinn und dergleichen bieten kann als ein Militärverein. Der Arbeiter muß geradezu blind sein, der hier nicht klar zu sehen und die an ihm geübte Intoleranz zu bemitleiden vermag.

**Radeberg.** (Berichtigung.) Der Bericht über die Gerichtsverhandlung gegen den Schutzmann Gehmlich ist dahin zu berichtigen, daß der Schutzmann nicht aus Radeberg sondern aus Radeburg ist.

**Bautzen.** Ueber einen Raubmord in Bautzen meldet das Leipz. Tagebl. folgendes: Am Mittwoch früh zwischen 6½ und 7 Uhr ist in unserer Stadt ein Raubmord verübt worden. Die Zigarrenhändlerin Wilhelmine verw. Meier hier, Torgauer Straße 23 wohnhaft, wurde heute morgen von dem die Semmeln bringenden Bäckerjungen im Laden schwerverletzt und bewußtlos vorgefunden. Vermutlich hat sich ein Käufer Zigarren geben lassen und dabei der Frau aufgelauert. Er hat dann eine Sparbüchse mit 200 M. ergriffen und ist durch das Schlafstubenfenster in den Hof geflüchtet. Dabei hat er 111,50 M. wieder verloren. Die Frau lebt noch, ist aber nicht vernehmungsfähig. Vermutlich in die Schädeldecke zertrümmert; an der Vorder- und Rückseite des Kopfes hat sie schwere Wunden, die Lippe ist zerschnitten und das eine Auge geschlossen. Von dem Thäter hat man noch keine Spur. Hoffentlich gelingt hier die Ergreifung des Thäters schneller als in Leipzig im Vorjahre Falle, der übrigens eine gewisse Aehnlichkeit mit der neuen Mordthat zu haben scheint. Ein Telegramm besagt ferner: Die Zigarrenhändlerin Wilhelmine verw. Meier ist gestern mittag ½12 Uhr geworben. Die Staatsanwaltschaft von Leipzig ist hier eingetroffen und führt die Untersuchung weiter.

**Gottleuba.** Wie verlautet, sind die Verhandlungen zwischen der Versicherungsanstalt für das Königreich Sachsen und der Stadtgemeinde Gottleuba wegen Errichtung eines Genesungsheims für Rheumatische und Nervenkranke in letzterer Stadt zum Abschluß gelangt. Die Anstalt soll bereits am 1. Mai d. J. eröffnet werden. Die Versicherungsanstalt hat hierzu das der Stadt gehörige Alte Bad gemietet und wird dieses für einen Bestand von vorläufig 30 Personen einrichten lassen.

**Schandau.** Der junge Mann, welcher sich am Freitag früh beim Bahnhof Schandau durch Erhängen tötete und dann vom Schnellzug überfahren wurde, soll Albert Ackermann heißen, aus Wettin a. S. stammen und zuletzt in Wehlgau b. Dresden als Pferdewärter beschäftigt gewesen sein.

**Aus der Lausitz.** Der 70jährige Fabrikarbeiter Hänsch in Großschönau war bei einem Bahrverwagen auf einem Stuhle eingeschlafen. Beim Erwachen fiel er rücklings vom Stuhl und zog sich eine Gehirnerschütterung zu, an der er am folgenden Tag starb.

**Weigsdorf** b. Hirschfelde (Lausitz). Die Weber der Firma Paul Gehle & Komp. traten am Montag wegen Lohndifferenzen in einen Streik ein. Nähere Nachrichten liegen noch nicht vor.

**Zittau.** Am 11. Februar sind hier Verhaftungen durch die Polizei vorgenommen worden. Es betrifft dem Vernehmen nach Mitglieder des tschechischen Arbeiterbildungs- und Lesevereins zu Grottau in Böhmen, die in Zittau arbeiten. Diese Verhaftungen sollen mit der Massenverhaftung vom letzten Freitag in Grottau in Verbindung zu bringen sein.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Die Ehefrau des Buchbinders Viebing in Freiberg verbrannte sich am Sonntag abend durch Umstürzen einer Petroleumlampe derart, daß sie am Montag früh 6 Uhr im hiesigen Krankenhause ihren schweren Brandwunden erlag. — Auf dem Siebenschen Teiche in Marienrodorf bei Burgstädt brach am Montag das sechsjährige Schulkind des Fleischermeisters Weiß durch die Eisdecke und ertrank. — Der Zimmermann Dietsch aus Markkleeberg bei Merkwendorf hatte vor einer Woche seine Frau und drei noch kleine Kinder verlassen; wie sich jetzt herausgestellt hat, hat er sich aus noch unaufgeklärten Gründen bei Engebürg von einem Zuge überfahren lassen. Er war sofort tot. — Der Stadtrat in Reichenbach hat mit Rücksicht auf die Lage des Geldmarktes beschlossen, ab 1. Juli d. J. bei der hiesigen Sparkasse den Zinsfuß für Hypothekenkapitalien von 4½ auf 4¼ Prozent, und für Spareinlagen von 3½ auf 3¼ Prozent herabzusetzen.

## Stadt-Chronik.

**Industrielle gegen die Steuerreform.** Auch der Bezirksverein Dresden-Bautzen des Bundes der Industriellen hat an die 1. Sandekammer eine Eingabe gerichtet, in welcher er sich in entschiedener Weise gegen die geplante sächsische Steuerreform wendet. In dieser Eingabe wird ausgeführt, daß kein Grund dafür eingesehen werden könne, eine so alte und eingelebte Steuer wie die Grundsteuer fallen zu lassen. Ihr Ertrag sei schon beim Staat kapitalisiert von dem Werte des Grundstücks in Abzug gebracht worden, ihre Aufhebung bedeute daher, wie auch die kgl. Leipziger Zeitung noch vor wenigen Jahren ausgeführt habe, ein Geschenk an die Grundbesitzer. Es sei unerträglich, daß den Grundbesitzern eine beträchtliche Entlastung zu teil werden zu lassen, wo man die

---

hier Wert war der Geruch wahrnehmbar. Ich habe sogar einmal in einem abgeernteten Erdhügel gestanden, vor einem zweiten Mammutgrabe zu stehen, etwa ¾ Werst von dem jetzigen Fundorte, am Ende des Heuarfeldes. Doch als ich immer weiter herumschnüffelte und dem für mich angenehmen Geruche nachging, kam ich an recht lebhaftes Mammutgrab."

**„Ein originelles Unternehmen"** nennen es die vom Figaro wegen der Bestechlichkeit ihres Redakteurs und ihrer allgemeinen Gemeinheiten zitierten Nouvelles de Dresde, daß die Arnoldische Kunsthandlung sich an hiesige Kunstfreunde mit der Bitte wendet, „sich an einer Subskription zu beteiligen, um die Mittel zum Ankaufe des Bildes Der Sommertag (von Böcklin) zu erhalten behufs Schenkung des Gemäldes an die hiesige Gemäldegalerie". Die Nouvelles de Dresde, deren Briefkastenredakteur die originelle Ansicht vertritt, sozialistische Kunst sei nur mit Masken zu genießen, sind „welchen Erfolg dieses Unternehmen haben wird". Sie sind bestrebt, das „originelle Unternehmen" zu diskreditieren, indem sie darauf hinweisen, daß der Kunsthändler in seinem Rundschreiben wahrheitlich sich auf die Kritik Professor Schumanns berufe, in der Kommission der Prof. Generalsumme der schwere, starkes Aergernis hervorrufende Vorwurf gemacht wurde, sie habe für Geld mit dem Ankauf anderer Bilder „vertröstet," und sie behaupten, das Unternehmen sei nicht „von einem glücklichen Gedanken eingegeben". Um sich die Nouvelles de Dresde bis hierher nur Erfolg bemühen, um Ruf zu rechtfertigen, daß sie das schlechteste Blatt Sachsens sind, so bemühen sie unmittelbar darauf, daß sie auch das gemeinste sind. Denn also fahren sie fort: „man würde demnach annehmen, daß damit mit dem Arnoldschen Unternehmen gegen die energische Zurückweisung, welche eine Kritik seitens des akademischen Rats in offizieller Form erfahren hat, demonstriert werden soll." Also: die Nouvelles de Dresde haben das Unternehmen, das sie eben diskreditieren wollten, nur glücklich, indem es als Demonstration gegen die lächerliche Rumpelsche Erklärung aufgefaßt wird. Das ist sehr nett von dem „hiesigen Blatte", das kurz vorher die Rumpelsche Ihm schmunzelnd registriert hat.

**Verlängertes Preisausschreiben.** Unter Bezugnahme auf sein Preisausschreiben zur Erlangung von Modellskizzen für künftigen Darstellungen macht der Rat zu Dresden bekannt, daß die Frist zur Einlieferung der Modellentwürfe bis zum 5. April 1902, nachmittags 2 Uhr, verlängert worden ist. Mit Rücksicht auf die bis Ende März in den sämtlichen Räumen des königl. Kunstgewerbemuseums auf der Brühlschen Terrasse stattfindende Schwarzweiß-Ausstellung werden die beteiligten Künstler erfreut, die Einlieferung der Modellentwürfe in den Tagen vom 1.—5. April zu bewirken.

**Tolstoi liegt im Sterben.** Aus Jalta wird telegraphisch gemeldet: Die ganze Familie des Grafen Tolstoi ist hier versammelt, die Kräfte des Kranken nehmen fortdauernd ab.

**Ein Mißerfolg Marconis.** Die drahtlose Telegraphie nach Marconischem System hat die erste Probe einer wirtschaftlichen Nutzanwendung nicht bestanden. In den Vereinigten Staaten war man nach zu der Ansicht gelangt, daß die Inselgruppe der Hawaii ungemein günstige Verhältnisse für die Benutzung der drahtlosen Telegraphie darbiete, indem dort zur Verbindung der einzelnen Inseln immer nur kurze Entfernungen zu überwinden wären. Es wurde eine Gesellschaft mit hinreichendem Kapital gegründet, aber schon nach sporadischem Betrieb waren die Unternehmer nicht mehr in der Lage, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Nachdem die zunächst eingetretenen technischen Schwierigkeiten überwunden waren, wurde die drahtlose Telegraphie dazu verwertet, von der Hauptstadt Honolulu aus Zeitsignale nach den verschiedenen Teilen der Inselgruppe hin zu geben. Außerdem wurde auch eine ansehnliche Zahl von Depeschen befördert, aber die Sicherheit stellte sich bald als ungenügend heraus. Viele unleserliche Telegramme und das völlige Verschwinden von Depeschen untergruben das Vertrauen des Publikums, sodaß die Zahl der aufgegebenen Depeschen immer geringer wurde. Da die durch geschaffene Lage für sich wirtlich, da die Gesellschaft ein Telegraphenmonopol für die Hawai-Inseln erhalten hat, sodaß ein anderes System ohne Aufhebung nicht eingeführt werden kann. Die bevorstehenden Versuche mit der Ausnahme der drahtlosen Telegraphie für Handelszwecke werden ja bald zeigen, ob der Mißerfolg auf den Hawai-Inseln an der Ungeschicklichkeit der Unternehmer oder an dem System selbst gelegen hat.

**Die Größe eines Wassertropfens.** Nach der Anschauung der heutigen Physik und Chemie ist jeder Stoff aus kleinsten Teilchen zusammengesetzt, die man im allgemeinen bei den Grundstoffen als Atome, bei den Verbindungen als Moleküle bezeichnet. Nach diesem Gesichtspunkt betrachtet enthält ein Wassertropfen schon eine ungeheure Zahl von Wasserteilchen. Lord Kelvin, der große Physiker, hat darüber einmal eine anschauliche Rechnung aufgestellt. Wenn ein einziger Wassertropfen unter einem Vergrößerungsglas so stark vergrößert werden könnte, daß er die Ausdehnung der Erdkugel einnähme, so würden die ihn zusammensetzenden Moleküle doch nur in der Größe von kleinen Billardkugeln erscheinen. Professor Pole-Shaw, der neulich einen fesselnden Vortrag über das Fließen des Wassers hielt, führte diesen Gedanken etwas weiter durch. Er wies darauf hin, daß es eine Million von Jahren dauern würde, wollte man ein Glas Wasser Teilchen für Teilchen entleeren. Nach der sogenannten Stromlinien-Theorie ist es möglich geworden, die Lage der Wasserteilchen zu einander und ihre Bewegungen zu erkennen und so in das Geheimnis des Wasserdruckes einzudringen. Auf diese Erkenntnis war die Lösung der im Wasserdruck enthaltenen Rätsel und die Ausnutzung dieser Kraft möglich, und damit hängen noch viele andere wissenschaftliche und praktische Fragen zusammen: die Wirkungen von Ebbe und Flut, das Rollen der Fluß- und Meereswellen an den Ufern, das Verfanden der Flüsse und Häfen und nach das Steuern der Stärke und die Ausnutzung der Wasserkräfte für die Industrie. Die Physik des Wassers ist somit für Wissenschaft und Technik eins der wichtigsten Gebiete geworden, dessen Bearbeitung der Naturwissenschaft obgelegen hat und dessen Erkundung vielleicht noch nicht erschöpft ist.

**Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft.** Die Heidelberger Universität ist die einzige, an der Vorlesungen über Journalistik gehalten werden. Der außerordentliche Professor Dr. Adolf Koch, von Haus aus Historiker, aber durch schriftstellerische Thätigkeit in Paris und durch die mehrere Jahre leitende Chefredaktion des Heidelberger Tageblatts mit den praktischen Anforderungen des Preßdienstes vertraut, hielt seit einigen Semestern, als erster deutscher Hochschullehrer, „Geschichte der Presse und des Journalismus in Deutschland". Neuerdings hält Professor Dr. Koch auch „Praktische Uebungen zur Einführung in die Journalistik" ab. Die Vorlesung ist öffentlich und unentgeltlich, die Uebungen privatissime und unentgeltlich. An beiden beteiligt sich die Studentenschaft in sehr großer Anzahl.

Felix Weingartners Operntrilogie Orestes, deren drei Teile Agamemnon, Das Totenopfer und Die Erinnyen nur einen Aufführungsabend beanspruchen, wird am Sonnabend im Leipziger Stadttheater zum erstenmal gegeben. Weingartner leitet die Erstaufführung selbst.

Ein großes Rundgrab mykenischen Charakters, das für weit älter als die griechische Nekropole gilt und große Bedeutung für die Vorgeschichte Unteritaliens haben soll, wurde nach der Voss. Ztg. bei Cumae gefunden. —

---

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020213/7
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

Industriellen durch die Zuschläge zu den Gerichtskosten und die Verwaltungssteuer in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression belastet. Eine ungerechtfertigte Bevorzugung der Grundbesitzer ist es auch, daß zwar durch die Aufhebung der Grundsteuer die damit verbundenen Pflichten aufgehoben wären, dagegen alle Rechte bestehen blieben, welche von dieser Pflichterfüllung abhängig wären. Durch Abstriche am Etat, oder durch eine Ausdehnung der Erbschaftssteuer, durch eine Bauerlaubnissteuer usw. würde ich jedenfalls besser ein Mittel aus den gegenwärtig unbefriedigenden Einkommenverhältnissen finden lassen, als bei dem von der Zweiten Kammer vorgeschlagenen Wege der Aufhebung der Grundsteuer und Wiedereinführung einer Vermögenssteuer.

Das Gesammtgebiet über die Vermögenssteuer ist unverständlich, denn davon werden nicht nur die Industriellen, sondern alle Leute, die sparsames Vermögen haben, betroffen. Diese Steuer ist übrigens so lächerlich gering, daß die Opposition der Industriellen Lärm erscheint. Der Streit im bürgerlichen Lager über die Steuerreform ist recht charakteristisch: Reformen wollen sie alle, aber zahlen wollen sie nicht. Am liebsten möchte man die Wirkungen der Steuerreform auf die Arbeiter walzen. — Was in der Eingabe über die Grundsteuer gesagt ist, ist im wesentlichen richtig.

**Die wahren Schuldigen an der Dresdner Preßkorruption** möchte die Kom. Zeit. gerade wissen. Sie schreibt in der Nachrede, daß unser Justizministerium den Einstellungsbeschluß der Staatsanwaltschaft aufhob und die Fortsetzung des Strafverfahrens gegen die Redakteure anordnete: „Diese Maßregel ist mit Genugthuung zu begrüßen, denn es liegt im Interesse der ganzen Presse, daß, nachdem einmal gegen einzelne Personen und deren Mitglieder solche schwere Anschuldigungen erhoben und durch Anführung bestimmter Thatsachen unterstützt worden sind, auch der Vaterlandsverräterei und alternatzig festgestellt wird, und die etwa zur Schande Verdammten die verdiente Strafe treffen. Aber nicht minder notwendig ist, daß die Untersuchung sich auch auf die betreffenden Bankiers erstreckt, welche mit fremden, hier Verwaltung anvertrauten Geldern solche Beteiligungen und damit die sachliche Beeinflussung und Fälschung der öffentlichen Meinung sich haben zu verschaffen wissen. Ist sind unseres Erachtens weit schuldiger und strafwürdiger, als etwaige arme Schächer, die dem Lockern des Geldes erfolgt sind."

Ganz unsere Meinung. Aber wenn es der Kom. Zeit so sehr um die wahren Schuldigen zu thun ist, so hätte sie die Dritten im Bunde nicht vergessen sollen, die allerdings strafrechtlich nicht zu fassen sind. Wir meinen die Verleger gewisser Blätter, aus die die Interessen gewisser Banken einen ganz bestimmten Einfluß üben. Dieser Einfluß macht sich allerdings nicht darin bemerkbar, was das Blatt schreibt, sondern in dem, was es nicht schreibt. Wir haben Zeitungen von verschiedenen Farben, daß Redakteure es nicht wagen dürfen, sich gegen diesen Einfluß anzulehnen, bei Strafe der Entlassung!

**Beschleunigung von Notstandsarbeiten.** Der Dresdner Zeitung wird geschrieben: „Bis dat qui cito dat, mit diesem Worte schien vor mehreren Wochen ein Abgeordneter im Rechtstage seine Rede darüber, den der Arbeitslosigkeit durch Ausführung von Bauten und anderen Unternehmungen baldigst abgeholfen werden könne. Diesen Satz: Doppelt giebt, wer schnell giebt, möchte auch der sächsische Landtag sich angelegen sein lassen. Was nützen die auch im Landtage gehaltenen Reden und gemachten Zusagen zur Linderung der Arbeitsnot, wenn nicht auch bald die Thaten folgen? Darum möchte der Landtag möglichst noch in diesem Monat die Petitionen wegen der aussichtsreichen Bauten (Eisenbahnen, öffentl. Gebäude usw.) beraten und die Regierung ermächtigen, sofort und noch vor Publizierung des Etatgesetzes (die erst im Mai oder Juni erfolgt) die betreffenden Bauhöfen (Bauinspektionen, Landbauämter) mit dem schleunigsten Beginne der Bauausführungen zu beauftragen. Geschieht dies, so können bereits im Mai oder Juni die Arbeiter angestellt werden; wird jedoch erst zur Publizierung des Etatgesetzes gewartet, so kann der Herbst daran, ehe die Bauarbeiter Beschäftigung finden. Denn die Baubehörden müssen doch erst die einzelnen Arbeiten ausschreiben und vor der Vergebung die eingereichten Offerten nebst Kostenanschlägen prüfen, bevor die Ausführungen den verschiedenen Gewerken (Maurer-, Zimmermeistern u. a.) übertragen werden können, wodurch mehrere Monate vergehen. Dann wurden die vielen Bauarbeiter, da die private Bautätigkeit im laufenden Jahre noch nicht wieder in die Höhe kommt, den ganzen Sommer hindurch das Nachsehen haben, trotz der schönen Worte, die gesprochen worden sind."

Es ist gut, daß auch in bürgerlichen Kreisen die Empfindung Platz greift, daß gerade in dieser Session der Arbeiter selbst die mannigfachen Versprechungen in Form Bewirklichung so lange auf sich warten lassen. Selbst auf den schon lange in Angriff genommenen Staatsbauten scheint man nach dem Motto zu verfahren: Immer langsam voran. Man sehe sich nur einmal auf den Neubauten der Ministerien, des Standehauses, des Zeughauses usw. um. Wir glauben, es könnten bei einigermaßen ernstem Willen da viel mehr Leute beschäftigt werden; man spürt kaum, daß gearbeitet wird. Und wie steht es mit der Plauenschen Grund-Bahn? Tiefbahn sollte, wenn wir uns recht besinnen, wohl im Mai schon begonnen sein; da müßte man freilich bald an den Anfang dieses Bahnbaues denken. Schienen und Steine liegen schon viele Wochen an der Strecke zur Verwendung bereit. Auch an diesem Bau könnten viele Arbeiter beschäftigt werden. — Wird man diese Mahnungen beherzigen?!

**Bettelei.** Die hiesige Stadtmission läßt folgenden Notschrei ertönen: „Täglich gehen dringende Bitten ein von armen Leuten und arbeitslosen Familienvätern um Stiftung, Schuhwerk, Wäsche u. dgl. Unser Vorrat ist verbraucht. Wir geben deshalb die Bitte der Armen weiter an unsere Freunde und alle Wohlthäter. Helft unsere Hände, damit wir helfen können."

Auf Betteln in der armen, unverschuldet arbeitslose Familienväter zur Fristung des nackten Lebens seiner Familie angewiesen. Er selbst darf freilich nicht betteln gehen, das ist verboten, vor dem Betteln erwacht wird, also einschreiten. Also so überzeugen mitleidsvolle Seelen in anderer, strafbarer Form die Bettelei. Im Grunde ist das gleich: die armen, unbeschäftigten Arbeiter sind auch Bettelei angewiesen.

**Ein rabiater Angeklagter.** Wegen Unterschlagung war der 17mal vorbestrafte Bauunternehmer Friedrich August Tinert in Cotta, zuletzt in Cossebaude wohnhaft, angeklagt. Tinert, der gegenwärtig eine Gefängnisstrafe von 7 Monaten und 2 Wochen wegen Betrugs und Vergehen gegen das Krankenversicherungsgesetz verbüßt, ist bekanntlich dem Bauunternehmer und Polier Paulisch ein Bauerlohn im Werte von 100 M. unterschlagen zu haben. Der Zeuge Paulisch sah darüber folgendes an: Nach Verbüßung seiner vorherigen Strafe bei Tinert zu Hof gekommen und habe gebeten, ihm doch zur Erlangung einer Stellung behilflich zu sein, damit er wieder bauen könne. Paulisch hat sich dann entschlossen, ihm jenes Gericht für den erwähnten Betrag käuflich zu überlassen. Tinert sei jedoch nicht im Stande gewesen, den Preis bis zur erwähnten Zeit zu zahlen, und so habe er mit seinem Einverständnis den Kaufvertrag wieder aufgehoben und an Stelle dessen einen Leihvertrag geschlossen, wonach Tinert monatlich 20 M. Leihgebühr zahlen sollte. Schon bei diesen Aussagen unterbricht der Angeklagte den Zeugen und ruft: „Das ist in alles Schwindel!" Dem Angeklagten wird eine ernste Verwarnung und der Hinweis zu teil, daß er zu einer Ungebührstrafe verurteilt werden würde, wenn er sich noch einmal derartiges erlaube. Darauf erwidert Tinert: „Das ist mir egal — der hat mich genug geäffen." Der Vorsitzende stellt fest, daß der Zeuge unter einer Geldstrafe noch nicht bestraft sei. Bei der weiteren Vernehmung, wo der Zeuge schildern soll, wie Tinert das Gericht an einen Restaurateur in Striesen verkaufte, und dabei auf Tinerts Verhältnisse näher eingeht, sagt der Angeklagte seine bisherige Verteidigung wieder fest und bemerkt, Paulisch habe ihm damals gesagt: „Du hast nichts und ich habe nichts — da müssen wir uns vorsehen." Der Leihvertrag sei nur gemacht worden, damit der Gerichtsvollzieher nicht herankomme. Von einem Rückkaufsrecht Paulischs könne keine Rede sein, denn derselbe habe zu damals nicht über 5 Groschen verfügt, viel weniger noch über 1000 M. Er habe sich zu jener Zeit fast gar nicht zu Hause sehen lassen und habe mein in den Baubuden geschlafen, dauert ihn der Gerichtsvollzieher nicht erwischen konnte, der ihn wegen Ableistung des Offenbarungseides suchte. Der Angeklagte wird postmals vergeblich verwarnt und hält nunmehr, der Zeuge habe zweimal einen falschen Offenbarungseid geleistet, das könne er beweisen. Darauf hin wird die Verhandlung abgebrochen und Tinert zu einer sofort zu verbüßenden Haftstrafe von 3 Tagen wegen Ungebühr vor Gericht abgeführt.

**Ueber einen Fall von Vergiftung** meldet der heutige Polizeibericht: In der Johann Vorstadt haben sich vorgestern (Fastnacht) in einer Familie nach dem Genusse von Pfannkuchen, die angeblich unter Anwendung von Backpulver von der Hausfrau hergestellt waren, Krankheitserscheinungen gezeigt. Der Ehemann, der am Herzen litt, ist trotz sofortiger ärztlicher Hilfe gestern nachmittag an Herzschwäche gestorben. Die übrigen Erkrankten befinden sich auf dem Wege der Besserung. Die für Backpulver gehaltene Substanz scheint Gift gewesen zu sein. Die Staatsanwaltschaft ist von dem Vorfall unterrichtet.

**Der russische Zirkus Beketow** eröffnet am 1. März im renovierten Zirkusgebäude an der Münchner Straße seine auf die Dauer eines Monats berechneten Vorstellungen. Unter den üblichen circensischen Nummern, die zur Vorführung kommen, sind auch eine Löwen- und Elefantendressur zu sehen sein. Auch wird der von seinem Auftreten im Zirkus Renz her berühmte Schulreiter Gustav Gabriel auftreten. Zur Zeit in der Zirkus Beketow in Wien.

**10000 Mark Belohnung!** Mit den verlorenen 75000 Mark Kassenscheinen hat sich immer noch kein „ehrlicher Finder" gemeldet, weshalb der Verlierer des Geldes die ausgesetzte Belohnung, die erst 1000 M., dann 2000 M. betrug, auf 10000 M. erhöht hat. Der Verlierer des Geldes ist übrigens ein schwerreicher Mann, ein Millionär, der Rentier Janssen, in Stockholm wohnhaft.

**Ein interessanter Streit um einen Lotteriegewinn** beschäftigte dieser Tage das Reichsgericht in einem Zivilprozeß. Bei dem Lotteriekollekteur Niemann in Hamburg spielten die Arbeiter D. und R. je 1/2 Los der Lübeckischen Staats-Lotterie, wovon das von R. gekaufte Los einem Spielklub gehörte. Diese Lose wurden mit dem Einsatz gezahlt und R. sandte den beiden Arbeitern darüber Nachricht und je ein neues 1/2 Los der Nr. 33451, mit dem bei solchen Sendungen von den Lotterie-Kollekteuren gewöhnlich benannten Zirkular, des Inhalts, daß der Empfänger, sobald er das einliegende neue Los zu behalten beabsichtige, das gezogene Los umgehend zurückzusenden solle. Diese beiden Briefe wurden am Morgen des 2. November 1900 mit der ersten Post bestellt. Den für D. bestimmten Brief nahm die Logiswirtin des D. an, weil D. schon zur Arbeit gegangen war. Der für R. bestimmte Brief wurde bei einem Kaufmann P. abgegeben, wohin R. die für ihn bestimmten Sendungen beordert hatte. Um 10 Uhr vormittags desselben Tages erhielt der Lotterie-Kollekteur L. die telegraphische Nachricht, das Nr. 33451 mit einem Gewinn von 100000 Mark gezogen sei. L. hat sich darauf sofort zu der Logiswirtin des D., sowie zu dem Kaufmann P. begeben und durch seine Ueberredungskunst erreicht, daß er die beiden Briefe wieder erhielt. Später haben D. und R. Kenntnis von diesem Vorgang erhalten und machen ihren Anspruch an das ihnen gesandte Los Nr. 33451 geltend. Die von den beiden Arbeitern beim Landgericht Hamburg angestrengte Klage wurde abgewiesen, und auch die beim Oberlandesgericht Hamburg eingelegte Berufung hatte keinen Erfolg, indem das Gericht davon ausgeht, daß von den Adressaten der beiden Briefe noch keine Willenserklärung über das zugesandte Los erfolgt war. Gegen dieses Urteil hatten sowohl D. wie R. Revision beim Reichsgericht eingelegt und hat der höchste Gerichtshof auch den beiden Klägern gewährt, im Armenrecht zu klagen. Der I. Zivilsenat des Reichsgerichts hat nun zu Gunsten der Kläger das Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Oberlandesgericht Hamburg zurückverwiesen. Die Urteilsgründe bezeichnen als rechtsirrig die Annahme, daß der Empfang des Briefes erst dann stattgefunden, wenn der Adressat den Brief gelesen hat. Als Empfang ist der Zeitpunkt anzunehmen, wo der verschlossene Brief an dem für den Adressaten bestimmten Bestimmungsort angekommen ist, also in dem einen Fall in der Wohnung bei der Logiswirtin, in dem anderen Fall bei dem dafür bestellten Kaufmann P. Demnach werden die Kläger ihren Anteil an dem Gewinn bekommen müssen.

**Vermischte Nachrichten.** Der Schulausschuß wählte in seiner gestrigen Sitzung den Oberlehrer der 21. Bezirksschule Emil Tyrmann zum Direktor der 15. Bezirksschule. — Vorgestern abend gegen 6/7 und gegen 1/10 Uhr wurden der Feuerwehr Schornsteinbrände in den Grundstücken Stephanienstraße 1 und Marienstraße 20 gemeldet, indessen war nur in dem ersteren ein solcher vorzufinden, während in dem anderen blinder Lärm geschlagen war. Die Unterdrückung des Brandes nahm die Thätigkeit der Feuerwehr nur kurze Zeit in Anspruch. — Gestern nachmittag gegen 1/2 5 Uhr rückte ein Löschzug nach Lindenauerstraße 1a aus, wo in einem Zimmer des Erdgeschosses die Fenstergardinen in Brand geraten waren. Durch sofortiges Eingreifen der Bewohner wurde die Gefahr bis zur Ankunft der Feuerwehr nahezu unterdrückt. — Gestern vormittag wurde auf dem Wettiner Bahnhof ein mit dem Zuge von auswärts hier angekommenes Mädchen, welches im Begriff war, nach der Frauenklinik zu gehen, während des Aussteigens auf dem Perron von ihrer Niederkunft überrascht. Bahnbedienstete brachten die Wöchnerin mittels Tragbahres nach dem genannten Institut.

**Versammlungskalender für Freitag**

Löbtau. Abends 8 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus.
Sozialdemokratischer Verein für den 1. sächs. Reichstagswahlkreis. Abends 8 Uhr Familienabend im Gasthof zu Pieschen.
Naturheilverein Pieschen. Abends halb 9 Uhr Vortrag im Deutschen Kaiser.

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

**Eine ungeheure Aufregung,** die von den Führern nur mühsam in Schranken gehalten wird, hat sich der Textilarbeiterschaft des Greizer Vogtlandes bemächtigt. In den bisher friedlichen Kreisen dieser Arbeiter hat die Gewalt-Androhung mit der Maßregelung der Fabrikanten wie eine Bombe eingeschlagen. Eine Fabrikversammlung der Arbeiter der Firma Albert Lippe, die es sich, Ehre an der Zahl, hauptsächlich handelte, nahm einen äußerst erregten Verlauf. Der Vorsitzende des Deutschen Textilarbeiterverbandes aus Berlin hatte ungeheure Mühe, die aufgeregten Gemüter vor unüberlegten Sprüchen zu bewahren. Er riet den Arbeitern, sich einstweilen der Macht zu fügen. Aber die Arbeiter weichen diese „Zumutung" mit Entrüstung zurück. Sämtliche Redner protestierten gegen diese bedingungslose Unterwerfung. Die Erregung über die Drohung der Fabrikanten war so groß, daß schließlich einstimmig die Fortsetzung des Streiks beschlossen wurde. Die Stadt Greiz sieht daher ernsten Tagen entgegen.

In den Kreisen der Gesellschaftskreise machte sich eine Bewegung bemerkbar, ähnlich der in Meerane, die auf Beilegung des Streiks zielt. Das Gewerbegericht trat bereits als Einigungsamt zusammen. Der Oberbürgermeister versuchte eine friedliche Lösung, diese scheiterte aber an dem Vorgehen der Firma Albert, die von den Arbeitern bedingungslose Unterwerfung verlangt. Die Erregung ist dadurch nur noch gesteigert worden. Die Aussperrung ist heute einstweilen noch nicht eine Thatsache geworden; es scheint, als besannen sich die Unternehmer noch; allein so viel ist schon jetzt sicher: Unabsehbare Folgen wird sie haben. Und es wird alle Schuld auf die Unternehmer und ihre Organisation fallen. Da der Fabrikantenverein bereits 18 Mitglieder hat, so wird die Ausdehnung der Bewegung eine unabsehbare sein. Die gestern mitgetheilte Zahl von 2000 Arbeitern dürfte sich auf 1 bis 1½ Tausend erhöhen. Die Arbeiter und ihre Führer haben alles gethan, eine friedliche Einigung herbeizuführen; sie können daher mit Recht jede Verantwortung für die Folgen ab. Die Stimmung der Streikenden sowohl, wie der Arbeiter in anderen Fabriken wird mündlich. Als Arbeitswillige fungieren die Maßregelungsmenschen (?) etwa 20 bis 25 an der Zahl.

Die Lohnkommission der Arbeiter hat ein eigenes Bureau errichtet, das sich im Restaurant Jurisdarken befindet. Sämtliche Anfragen, Sendungen usw. sind an das Bureau zu richten.

**Ein verhältnismäßig mildes Urteil** fällte das Schöffengericht zu Halle gegen einen „Streikfünder". Ein Zimmergeselle war auf einen Bau gegangen und hatte einen Kameraden zur Rede gestellt, weil er entgegen der Abmachung arbeitete. Der Geselle griff den Angeklagten an und wollte ihn hinausdrängen. Dieser aber setzte sich zur Wehr, warf den Angreifer in ein mit Wasser gefülltes Wasserfaß und schlug ihn auf den Kopf. Als der Zimmerweister herbeieilte und auf den Angeklagten, sowie einen zweiten mitangeklagten Streikbrecher eindrang, wurde er von dem letzteren in einen Haufen Kalkbrei geworfen. Das Gericht sprach die beiden Angeklagten von der Anklage der Mißhandlung frei. Der arbeitende Geselle habe den einen Angeklagten unter seinen Arm geschlagen. Somit habe dieser in erlaubter Weise gehandelt. Beide Angeklagte wurden wegen einfachen Hausfriedensbruches zu je 20 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Wochen Gefängnis beantragt.

Wenn man dabei an das Löbtauer und an das Kolberger Urteil denkt . . .

**Der Verband der Maschinisten und Heizer Deutschlands** hielt am 30. und 31. März d. J. zu Magdeburg die 6. General-Versammlung ab. Der Verband, dem zur Zeit zirka 6500 Mitglieder angehören, will analog dem Vorgehen anderer Gewerkschaften für seine Mitglieder ebenfalls eine Arbeitslosen-Unterstützung einführen; außerdem soll eine Reorganisation stattfinden, wonach die verschiedenen Vereine und Filialen in Zahlstellen umgewandelt werden, unter angemessener Erhöhung und Einführung von wöchentlichen Beiträgen. Sitz des Verbandes ist in Berlin SO. 33.

**Kleine gewerkschaftliche Nachrichten.** In der königl. Pulverfabrik zu Rotterdam sind Differenzen ausgebrochen. — In der Nakatter Waggonfabrik sind Differenzen ausgebrochen. — Ueber die Porzellan-Malerei von Hertwig in Schwedberg hat die dortige Verwaltung die Sperre verhängt. — Ein Buchbinder-Konflikt droht in Dänemark auszubrechen, da eine Einigung über eine abzuschließende Tarifgemeinschaft nicht erzielt wurde. — Der Schlächterstreik in Esbjerg (Dänemark) dauert unverändert fort. — In Solingen dürfte in nächster Zeit ein größerer Schleifer-Konflikt ausbrechen. Bei der Messerfabrik von Frengel in Audorf (Holstein) streiken die Schleifer und einige Solinger Firmen wollen Streikarbeit für die Firma anfertigen. — Bei der Zigarrenfirma Julius Dick in Schwepnitz sind bekanntlich wegen niederer Lohnabzüge — pro Mille 50 Pf. bis 2 M. — Differenzen entstanden. Auch verlangte Dick den Austritt der Arbeiter aus der Organisation. — In Basel stehen die Buchdrucker in einer Lohnbewegung. — In Lausanne wollen die Schneider die Schaffung gesunder Betriebswerkstätten durchsetzen. — In der Marmorwarenfabrik von Aug. Wagner in Herrenhausen bei Hannover legten tschechische Steinmetzen wegen Maßregelung des Geschäftsvertrauensmannes die Arbeit nieder.

## Soziales.

**Schreiende Zahlen.** Nach den bisherigen Resultaten der von der Gewerkschaftskommission veranstalteten Schätzung giebt es in Berlin 48202 völlig und 13027 teilweise arbeitslose Personen. Das Ergebnis der Umfrage aus den Vororten steht noch aus. — Wo bleiben da der Polizeipräsident und Graf Posadowsky mit ihren 7000 Arbeitslosen, die es nach der Mitteilung des 12000-Mark-Grafen in Berlin nur geben soll?

**Städtische Arbeiterwohnungen.** Die Stadt Köln will für die Arbeiter der Gasanstalt 24 Häuser verschiedener Systeme mit 192 Wohnungen errichten. Eine Brausebadeanstalt, eine Kinderbewahrschule und eine Konsum-Anstalt soll in Verbindung mit diesen Bauten ebenfalls erstehen, ferner ein Junggesellenheim für die unverheirateten Arbeiter. Die Gesamtkosten sind auf 870000 M. veranschlagt. Ausgeführt werden vorläufig 8 Häuser mit einem Gesamtkostenaufwand von 215000 M.

Da werden die Berliner Hausagrarier schön schimpfen!

**Die Stadtverordneten von Brüssel** votierten 10000 Franken für die Arbeitslosen, einerlei, ob sie einer Gewerkschaft angehören oder nicht.

## Versammlungen.

**Stukkateure.** Am 8. Februar tagte hier eine öffentliche Stukkateurversammlung in Seltz Gasthaus, kleine Brüdergasse, die sehr zahlreich besucht war. Auf der Tagesordnung stand: Tarifberatung, Gewerkschaftliches. Beim ersten Punkt entwickelte sich eine sehr rege Debatte. Die Versammlung beschloß, den alten Tarif unter Abänderung einiger Positionen aufrecht zu erhalten und dem Gehilfenausschuß, welchem die Vollmacht als Lohnkommission erteilt wurde, als Grundlage zu den Verhandlungen mit der Meisterinnung zu unterbreiten. Der zweite Punkt mußte wegen zu weit vorgeschrittener Zeit vertagt werden. Sehr erfreulich ist es, daß wieder einige Kollegen dem Verbande beigetreten sind. Es ist zu wünschen, daß die nächste Versammlung wieder recht zahlreich besucht wird. Die Kollegen werden ersucht, Zuzug nach Pirna fernzuhalten. Schluß der Versammlung 12 Uhr. (Eing. 11. 2.)

## Neues aus aller Welt.

**Essen,** 12. Februar. Der 20jährige Apotheker Jerkies belästigte eine Dame, welche nichts von dem Essener Kaufmann Götte zum Bahnhof begleitet wurde. Götte verbat sich mehrmals die Zudringlichkeiten und es entstand ein Wortwechsel. Plötzlich zog Götte einen Revolver hervor, ein Schuß krachte und der unglückliche Jerkies sank, in den Kopf getroffen, entseelt zu Boden.

**Ein Liebesdrama** hat sich in der Nacht zum Mittwoch in Reichenberg i. B. abgespielt. In einem Keller hat der 19 Jahre alte Zuckerbäckergehilfe Josef Hromatsch seine 17jährige Geliebte Marie Mic mit dem Rasiermesser — wegen der Aussichtslosigkeit ihres Verhältnisses — getötet und sich selbst tödlich verletzt.

**Arbeiterrisiko.** Bei dem Bau der Talsperre bei Marklissa sind durch abstürzende Gesteinsmassen zwei Arbeiter getötet worden.

Im Steinbruch Schwarzkoll bei Hohenelbe in Böhmen explodierte Dynamit. Ein Schwarzer flog in die Luft, zwei Arbeiter wurden getötet.

**Ein Kind verbrannt.** Bei einem Mittwoch abend in einem Hause der Memeler Straße zu Berlin ausgebrochenen Feuer verbrannte ein von den Eltern allein zurückgelassenes 7jähriges Kind.

**Hauseinsturz.** In dem Torfe Khemir (Algier) stürzte das Dach eines Hauses ein und begrub acht Personen unter sich. Sechs Personen wurden als Leichen hervorgehoben, die beiden anderen sind lebensgefährlich verletzt.

**Absturz in den Bergen.** Am letzten Sonntag machten mehrere Münchner Studenten einen Ausflug in das Kaiserthal bei Mittenwald. Auf dem Rückwege wurde Einkehr gehalten; die Gesellschaft kam bis 10 Uhr abends zusammen. Dann machte sich der Jahrgang Student Fritz Lutz aus München in heiterer Stimmung auf den Weg nach Mittenwald und eilte seinen Freunden voraus. Jetzt hat sich herausgestellt, daß der junge Mann in der Dunkelheit fehlgegangen und abgestürzt ist. Mit zertrümmerter Schädeldecke wurde er am Dienstag im Kaiserthalbad aufgefunden.

**Saragossa,** 12. Februar. Nach der Beendigung einer Theatervorstellung entdeckte man in einem Raume des Theaters eine Menge brennbarer, mit Petroleum durchtränkter Stoffe aufgehäuft. Man vermutet, daß eine Brandstiftung beabsichtigt gewesen ist.

**Belgrad,** 12. Februar. Zum Ortschar-Gebirge fand bei einem Straßenbau ein furchtbarer Felssturz statt, wobei 15 Personen, darunter der Bauunternehmer, getötet, und mehrere andere verletzt wurden.

**Ein Wüterich.** Aus Tournus wird vom 12. Februar gemeldet: Ein betrunkener Zollbeamter bedrohte seinen Vorgesetzten mit dem Gewehre. Der Bedrohte flüchtete, der Betrunkene begab sich hierauf in das Haus seines Vorgesetzten und gab dort mehrere Schüsse ab, ohne indes jemanden zu verletzen. Nachdem er noch einige Flintenschüsse abgeschossen hatte, ging er in ein Lokal, wo er Streit mit einem seiner Freunde bekam, den er niederschoß. Erst nach geraumer Zeit gelang es, den Wüterich zu verhaften. Er hatte noch sechs Patronen bei sich.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020213/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG